

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Er erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatl. Einzelne Nr. 30 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungs- teile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingangs 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturzentbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 295

Dienstag, 20. Dezember

1921

Dresden, 19. Dezember.

Empfang des kolumbischen Gefandten durch den Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat am vergangenen Sonntagabend den neu ernannten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister von Kolumbien, Dr. Luis Enrique Bonilla zur Entgegennahme seines Beglaubigungsscheins empfangen. Dem Empfange wohnte der Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Eigenschaft als Leiter des Auswärtigen Amtes bei.

Zur Frage der Erweiterung des Reichskabinetts.

Zur Frage einer etwaigen Kabinetterweiterung verläutet in Berliner parlamentarischen Kreisen, daß sich die Deutsche Volkspartei mit einer Kabinetterweiterung durch eine bloße Befragung der noch offenstehenden Portefeuilles nicht einverstanden erklären, vielmehr voraussichtlich eine vollständige Neubildung des Kabinetts fordern werde. Da für diese Regierungsumbildung lediglich außenpolitische Gesichtspunkte in Frage kämen, so müßten alle parteipolitischen Erwägungen zurücktreten, und es werde ein Kabinett auf breiterer Basis gebildet werden müssen, durch das geeignete Verhandlungsführer der Regierung gewonnen werden sollen.

Der preussische Minister des Innern Severing zur Lage in Preußen.

In einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung in Homburg-Hohheide sprach am Sonntagabend der preussische Minister des Innern Severing über die politische Lage, die er dahin charakterisierte, daß sie durch die Erweiterung der Koalition gekennzeichnet werde. An einen hierbei erfolgten auf Hugo Stinnes bezüglichen Zwischenruf antwortend, sagte Severing, er halte Stinnes auf politischem Gebiete für einen vollkommenen Kandidaten. Aber diese Einschätzung des Politikers hindere ihn nicht, anzuerkennen, daß Stinnes auf wirtschaftlichem Gebiete eine Kraft sei, die wir nicht unterschätzen dürfen. Im weiteren Verlaufe seiner Aussprache besprach Severing eingehend die Notwendigkeit der Erweiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei, daß man nach dem Ausfall keine andere Wahl gehabt habe, als einen Bundesgenossen auf der anderen Seite zu suchen. Die Volkspartei sei keine Einheitspartei. In der Volkspartei ständen neben dem Großindustriellen Stinnes, Böglers und einigen anderen auch Tausende und Abertausende von Angestellten, Handwerkern, Landwirten und sogar Arbeitern. Man sollte sie nicht dadurch bekämpfen, daß man sie beschimpfe, sondern daß man sie zur Verantwortung mit heranziehe. Weiter forderte Severing die Erschließung neuer Steuerquellen, aber so, daß die Lasten nur auf tragfähige Schultern gelegt werden. Die preussischen Finanzen bezeichnete er vorläufig als ziemlich gesund. Schließlich unterzog der Minister noch die Reparationsfrage einer eingehenden Erörterung. Die Ausführungen Severings wurden durch fortwährende Zwischenrufe unterbrochen und es wurde dem Minister sogar unmöglich gemacht, sein Schlusswort zu sprechen.

Die Nachzahlungen für die Beamten.

Nach der Annahme des neuen Entlassungsverhältnisses werden die erforderlichen Nachzahlungen an die Beamten voraussichtlich noch vor Weihnachten erfolgen. Das Reichsfinanzministerium hat dafür 1 1/2 Milliarden M. bereitgestellt.

Die Neuordnung der Einkommensteuer.

In rascher Arbeit hat der Steuerauschuß des Reichstags für die Neubemessung der Einkommensteuer eine einigende Formel gefunden, durch deren Annahme in der Sonnabendbesitzung des Reichstages die Berechnung der Einkommensteuer vom 1. Januar nächsten Jahres an auf eine völlig veränderte Basis gestellt wird. Auch der Erfolg des Bisherigen:

Bis zu	Wart	%
24 000	10	10
die nächsten 6 000	20	20
5 000	25	25
5 000	30	30
5 000	35	35
5 000	40	40
70 000	45	45
80 000	50	50
200 000	55	55
alles Weitere	60	60

bisherigen Rechnungsjahres (1. April bis 31. März) durch dessen Gleichstellung mit dem Kalenderjahr bedeutet eine Neuerung auf dem Gebiete der Besteuerung. Zunächst sei nachstehend ein Überblick über den bisher geltenden und den neuen Tarif gegeben:

Künftig:	Bis zu	Wart	%
die nächsten 10 000	15	15	15
20 000	20	20	20
20 000	25	25	25
100 000	30	30	30
100 000	35	35	35
200 000	40	40	40
500 000	45	45	45
500 000	50	50	50
500 000	55	55	55
alles Weitere	60	60	60

Der neue Tarif unterscheidet sich von dem in dem Initiativentwurf des Zentrums zuerst vorgeschlagenen gewesenem dadurch, daß er die Kleinen und mittleren Einkommen zwar kräftig berücksichtigt, aber von einer gewissen Einkommenshöhe ab das Tempo der Ermäßigung wesentlich verlangsamt. Die Höchststeuern werden so schon bei

Einkommen über 2 Mill. erreicht, während sie ursprünglich erst bei mehr als 3 Mill. M. wirksam werden sollte. Die Wirkung der neuen Staffelung zeigt nachstehende Gegenüberstellung der bisherigen und künftigen Einkommenbelastung durch die Reichseinkommensteuer:

Steuerbares Einkommen M.	bisher		künftig		künftig weniger	
	M.	% des Eint.	M.	% des Eint.	M.	%
24 000	2 400	10.00	2 400	10.00	—	—
30 000	3 600	12.00	3 000	10.00	600	2.00
35 000	4 850	13.86	3 500	10.00	1 350	3.86
40 000	6 350	15.88	4 000	10.00	2 350	5.88
45 000	8 100	18.00	4 500	10.00	3 600	8.00
50 000	10 100	20.20	5 000	10.00	5 100	10.20
60 000	14 600	24.33	6 500	10.83	8 100	13.50
80 000	23 600	29.50	10 500	13.12	13 100	16.38
100 000	32 600	32.60	15 500	15.50	17 100	17.10
200 000	81 600	40.80	45 500	22.75	36 100	17.05
300 000	136 600	45.53	80 500	26.83	56 100	18.70
500 000	251 600	50.32	160 500	32.10	91 100	18.22
1 000 000	551 600	55.16	385 500	38.55	166 100	16.61
1 500 000	851 600	56.77	635 500	42.37	216 100	14.40
2 000 000	1 151 600	57.58	910 500	45.53	241 100	12.05
3 000 000	1 751 600	58.35	1 510 500	50.35	241 100	8.00
5 000 000	2 951 600	59.03	2 710 500	54.21	241 100	4.82
10 000 000	5 951 600	59.52	5 710 500	57.10	241 100	2.42
20 000 000	11 951 600	59.76	11 710 500	58.55	241 100	1.21
50 000 000	29 951 600	59.90	29 710 500	59.42	241 100	0.48

Es ist deutlich zeigt die Gegenüberstellung der dritten und fünften Rubrik der Tabelle, die den Prozentfuß angeben, den die Einkommensteuer vom steuerbaren Einkommen beansprucht, und die letzte Rubrik, die deutlich macht, wieviel Prozent des Einkommens künftig für die Steuer weniger benötigt werden, die Wirkung der Tarifumgestaltung. Bis zu Einkommen von 3 Mill. M. wächst der Prozentfuß des Einkommens für die Steuer weniger sehr rasch und verschwindet bei den ganz großen Einkommen fast ganz. Die Steuererleichterung für die Einkommen bis 50 000 bez. 200 000 M. wird im Endeffekt noch wesentlich größer, weil die auf Grund des Existenzminimums statthafter Abzüge von der Steuer noch hinzukommen. Für

Mann und Frau können bis zu 50 000 M. steuerbaren Einkommens je 240, zusammen 480 M., von der Steuer abgezogen werden, für jedes Kind (bis zu 200 000 M. Einkommen) 360 M. Eine fünfköpfige Familie (Etern und 3 Kinder) mit 50 000 M. steuerbarem Einkommen zahlt dann: 5000 M. — (480 + 1080), d. i. 3440 M., die gleiche Familie mit 200 000 M. steuerbarem Einkommen: 45 500 — 1080 = 44 420 M. Kom Eheinkommen dürfen außerdem bei abzugsfähigen Lohn- und Gehaltsempfängern für Werbungskosten 45 M. bei monatlicher, 10,80 M. bei wöchentlicher, 1,80 M. bei täglicher und 0,45 M. bei stündlicher Entlohnung von der Steuer abgezogen werden.

Im Reichstage fand gestern Abend eine gemeinsame Besprechung der Parteiführer mit dem Reichsfinanzminister, dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsjustizminister statt, in der die Frage einer finanziellen Hilfe für die Beamten noch vor Weihnachten beraten wurde. Allgemein kam die Meinung zum Ausdruck, daß Vorstöße nicht angebracht seien. Man sei jedoch darüber einig, daß die Anzahlung von Raten auf das Januargehalt eine Möglichkeit biete, den Beamten noch vor Weihnachten zu helfen. Die Fraktionen überließen der Regierung eine entsprechende Entscheidung. Minister Dr. Hermes erklärte, daß die Regierung ihre Stellungnahme gegenüber den letzten Besoldungsforderungen der Organisationen aufrechterhalten müsse. Eine Nachzahlung der Besoldungsforderung werde aber auf dem kürzesten Wege stattfinden. Man müsse endlich aus den Provisorien herauskommen. Die am Montag mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen geführten Verhandlungen hätten zum Ziele, etwas Weichen zu setzen. Zum Schluß erklärte Dr. Hermes, daß eine ratenweise Voraus-

bezahlung noch vor Weihnachten sofort angeordnet werden soll. Eine entsprechende Verfügung sei bereits erlassen.

Zugung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft.

Gestern vormittag fand in Frankfurt a. M. eine Tagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft statt, in der Crispin, Longuet (Frankreich), Brode (Frankreich), Grimm (Schweiz) und Wallhead (England), Adler (Österreich) und Ledebour das Wort ergrieffen. Alle Redner wandten sich gegen die Reparationspolitik der Entente, die nur durch Einigkeit des Proletariats aller Länder überwunden werden könne. Insbesondere hob Grimm hervor, daß nicht nur England und die Vereinigten Staaten von Amerika unter den Folgen der Arbeitslosigkeit litten, sondern ganz besonders auch die Schweiz, deren Bevölkerung zu einem Siebentel von Arbeitslosigkeit betroffen sei. Die Schweiz gehe dem Ruin und der Verelendung entgegen. Adler (Österreich) erklärte, daß Österreich mit Deutschland zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden sei.

Die Reform der Reichseisenbahnen.

Der Reichskanzler hat sich bei seinen jüngsten Besprechungen unter anderem auch lebhaft mit den Überständen auf dem Gebiete des Transportes beschäftigt, und die Industrie nahm diese Gelegenheit wahr, um gegen das Reichsverkehrsministerium zu polemisieren. Der Reichsverkehrsminister hat darauf in einem Antwortschreiben die Gründe dargelegt, weshalb die gegenwärtigen Mängel herrschen, und darauf hingewiesen, daß es unmöglich sein würde, geordnete Verhältnisse wieder herzustellen, solange die Kohlenproduktion sich nicht ertragreicher gestaltet, und solange nicht umfangreichere Reparaturen, die wenigstens annähernd so groß sein müssen, wie in der Vorkriegszeit, vorhanden sind. Die Schuld wird da von einer Partei auf die andere geschoben, ohne daß jedoch verborgen bleiben kann, daß Fehler auf beiden Seiten vorliegen, die allerdings zum größten Teile in der gegenwärtig drückenden Finanz- und Wirtschaftslage im allgemeinen, sowie in den schweren Reparationsbestimmungen begründet sind. Auf dem Gebiete der Kohlenproduktion werden sicherlich schon in aller nächster Zeit einschneidende Veränderungen vorgenommen werden müssen, die wahrscheinlich bereits während der jetzigen Reparationsbesprechungen in London zwischen Lloyd George und Brand nicht mehr übergangen werden können. Augenblicklich ist man jedoch energisch daran gegangen, das Reichseisenbahnproblem einer Lösung näher zu bringen und vor allem danach zu trachten, daß die finanzielle Lage der Reichsbahnen gebessert wird. Die Forderungen der Industrie, die ursprünglich auf eine Entschärfung der Eisenbahnen hinausliefen und später wieder auf den Plan eines gemeinschaftlichen Betriebes zurückkamen, haben viel Staub aufgewirbelt und zu innerpolitischen Auseinandersetzungen geführt. Eine tabuläre Entschärfung würde, das hat man heute zur Genüge eingesehen, augenblicklich auf so große Hindernisse stoßen, daß es besser ist, sie vorläufig nicht wieder auf den Plan zu bringen. Jetzt ist ein neuer Plan aufgetaucht, der Entwurf eines Eisenbahnfinanzgesetzes, der dem Reichsverkehrsministerium in Form eines ausführlichen Entwurfs vorgelegt wurde. Er gliedert sich in der Abänderung des Art. 92 der Reichsverfassung und bezweckt eine völlige Loslösung der Bahnen von der allgemeinen Reichsfinanzverwaltung, indem die deutsche Reichsbahnen einen eigenen Haushalt sowie eigene Rechte erhalten und damit ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen werden. Die Reichsregierung gibt keine Zusätze für die Reichsbahnen, noch nimmt sie mehr Überschüsse entgegen, und die Ausgaben des ordentlichen Haushalts werden durch dessen Einnahmen gedeckt werden. Die Verwaltung soll sich in Zukunft so gestalten, daß die Reichsbahnen unter Mitwirkung eines Verwaltungsrates aus Mitgliedern des Reichstages, des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates und den Besitzern der Personals sowie von Sachverständigen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und des Eisenbahnwesens durch den Reichsverkehrsminister geführt werden. Dieser ist dem Reichstage gegenüber in Zukunft nur noch dafür verantwortlich, daß die Vorschriften der Reichsverfassung über das Eisenbahnwesen beachtet werden, und daß dafür Sorge getragen wird, daß die Bahnen selbst sich stets in einem Zustande befinden, der den Verkehrsanforderungen entspricht und eine sichere Betriebsführung verbürgt. Die Rechte und Pflichten der Beamten der Reichsbahnen sind auch künftighin an die beamtenrechtlichen Vorschriften der Reichsregierung gebunden, doch bestimmt der erwähnte Verwaltungsrat, der unter anderem den Haushalt leitet und die Aufnahme von Anleihen genehmigt, jede Abänderung der Tarife. Wir haben es hier natürlich vorläufig nur mit einem Provisorium zu tun, über das erst die kommenden Beratungen die endgültige Entscheidung fällen werden, die aber auch noch nicht als absolut feststehend betrachtet werden kann, da auch hier erst die Praxis wird zeigen müssen, welche Fehler die Theorie gemacht hat. Die Grundtendenz des geplanten Reichseisenbahnfinanzgesetzes ist jedenfalls durchaus zu begrüßen. Das Eisenbahnproblem, das, wie schon erwähnt, seit letzter Zeit mit im Vordergrund des Interesses steht, liegt von allem Anfang an erkennen, daß die gegenwärtige Verwaltung und Finanzgebarung bei den Reichseisenbahnen unhaltbar war. Ein Staat, der so

verschuldet, so unterdrückt ist, und der so dringend der Anspannung aller vorhandenen Kräfte bedarf, wie Deutschland, ein solcher Staat kann sich den Luxus eines unrentablen Eisenbahnbetriebes, besonders wenn dieser sich noch dazu im Besitze des Reiches befindet, nicht leisten.

Das Reparationsproblem.

Der deutschen Regierung ist in Beantwortung der Note vom 14. d. M. folgende Mitteilung der Reparationskommission zugegangen:

Die Reparationskommission hat die Note des Reichkanzlers vom 14. d. M. empfangen, in welcher er beantragt, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage ist, die Noten der Jahresleistung vollständig zu zahlen, welche nach dem Zahlungsplan am nächsten 15. Januar und 15. Februar fällig werden und in welcher er die Reparationskommission bittet, sich mit der Stundung eines Teiles dieser Fälligkeiten einverstanden zu erklären.

Die Reparationskommission kann nur ihr Erstaunen darüber ausdrücken, daß sie in der Note des Reichkanzlers weder eine nähere Angabe über die Zahl der Fälligkeiten findet, welche die deutsche Regierung an jedem der Fälligkeitstage vom 15. Januar und 15. Februar nächsten Jahres zu liefern bereit sein würde, noch eine Erklärung darüber, welche Stundungsfrist erbeten wird, um den Restbetrag zu zahlen, noch das Angebot von Garantien für die Zwischenzeit. Solange die Reparationskommission diese näheren Mitteilungen nicht erhalten hat, ist es ihr unmöglich, die Bitte der deutschen Regierung in Betracht zu ziehen oder zu prüfen.

Die Reparationskommission stellt mit Bedauern fest, daß die Note des Reichkanzlers keine Angabe über die Maßnahmen enthält, die er angewendet hat oder die er anzuwenden beabsichtigt, um den Wünschen der Reparationskommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und in ihrer Note vom 2. Dezember 1921, auf welche die Kommission noch einmal ausdrücklich verweist, zu entsprechen.

Dubois.

John Bradburn.

Hierzu bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

Die deutsche Regierung wird sich selbstverständlich die größte Mühe geben, um der Reparationskommission so rasch und so eingehend wie möglich die gewünschten Aufschlüsse zu geben, soweit dies nicht schon früher geschehen ist. Die Antwort auf die Fragen kann naturgemäß nicht sofort erfolgen, vorausgesetzt erst nach mehreren Tagen, da sie eingehende Beratungen der beteiligten Ressorts voraussetzt. Eine umgehende Beantwortung wird bei der Schwierigkeit der Materie wohl auch von der Gegenseite nicht erwartet werden. Die Mitteilung der Reparationskommission wird natürlich nicht daran ändern können, daß das große Reparationsproblem unter den alliierten Mächten einer eingehenden Erörterung unterzogen wird, daß neue praktische Wege gesucht werden müssen, damit endlich die ökonomische, finanzielle und damit auch die politische Beziehung in Europa eintritt. Eine grundsätzliche Änderung der Reparationsverpflichtungen liegt im Interesse der Alliierten, insbesondere auch Frankreichs. Heute findet die angekündigte Zusammenkunft des britischen und französischen Ministerpräsidenten statt. Von ihr wird es wesentlich abhängen, ob in Europa allmählich wieder Ruhe einkehren oder ob es dem wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang entgegengeht.

Der „Vorwärts“ schließt eine Betrachtung, die sich mit der Note der Reparationskommission beschäftigt, mit folgenden Worten:

„Unsere Angelegenheit ist es nun, festzustellen, was wir am Besten zu tun haben können, wie

wie die nötigen Mittel aufbringen und welche Garantien wir für die Restschuld zu bieten vermögen. Es ist nicht ganz unerwähnt, wenn in der Mitteilung der Reparationskommission eine gewisse Ungeduld bezüglich der Maßnahmen der Reichsregierung durchdringt. Die Frage einer Stundung anderer Eisenbahn- und Postwesen ist ja inwieweit aus dem Bereich der Erwägungen in das Bereich der praktischen Reformen übergegangen. Aber das Wesentliche zu einer Beurteilung der Reichsfinanzen, das Wesentliche zu einer gesunden Wiedergutmachungspolitik im Rahmen des Möglichen, jene Steuerbalance, die Bedingung da sucht, wo wirkliche Werte zugrunde liegen, vermisst man noch immer. Der Reichskanzler hat sie in seiner letzten Rede angefordert, er hat die Parteien noch einmal aufgefordert, mitzuwirken ohne Populärabsichtlichkeit, er hat gebeten, das Eigeninteresse dem Reichsinteresse hintanzusetzen, er hat versucht, in einem Augenblick, in dem es um Leben und Sterben unserer Nation geht, die Einheitsfront herzustellen. Das erfordert Opfer auf allen Seiten. Ist man auf allen Seiten zu diesen Opfern bereit in einem Augenblick, in dem die Notwendigkeit, das Reparationsproblem neu aufzurufen, auch von der Gegenseite offiziell anerkannt wird?“

Von den bis jetzt vorliegenden Pariser Pressestimmen zur Antwort des Wiedergutmachungsausschusses verdient nur der Leitartikel des „Temps“ Beachtung. Während die übrigen Blätter in ungenügender Bekennung des wahren Charakters der Antwort behaupten, der Wiedergutmachungsausschuss lehne es kategorisch ab, den deutschen Erklärungen näherzutreten, stellt der „Temps“ fest, der Ausschuss fordere Deutschland nur auf, sich deutlicher zu erklären. Das Blatt billigt die Antwort, da die Gläubiger Deutschlands sich mit einer so unbestimmt verfaßten Zahlungsunfähigkeit ihres Schuldners nicht begnügen könnten. Dr. Wirth habe das offenbar selbst gefühlt und deshalb seine Note durch eine Rede ergänzt.

Der „Temps“ befaßt sich weiter mit dem Briefe der Bank von England an den Leiter der Reichsbank, in dem diese, Deutschland könne sich wegen der „übertriebenen Verpflichtungen“, die ihm der Wiedergutmachungsausschuss auferlegt habe, keine Kredite im Auslande verschaffen. Es werde in dem Schreiben der Bank von England in feiner Weise angedeutet, daß der Mangel an Vertrauen zu Deutschland durch die Mängel der deutschen Finanzpolitik, die Mangel des deutschen Kapitals und andere Rückschlüsse in viel höherem Maße, als durch die Wiedergutmachungsbestimmungen zu erklären sei. Das Blatt glaubt demgegenüber versichern zu können, daß die englischen Großbanken die Bewilligung von Krediten in Wahrheit abgeschlagen hätten, weil Deutschland trotz möglicher Kredite die nach dem 15. Februar n. J. fälligen Zahlungen nicht zu leisten vermöchte, und weil die deutsche Regierung kein Vertrauen verdiene, solange die Reichsfinanzen nicht besser gelichtet wären.

Zu den Besprechungen Lloyd Georges mit Briand teilt der Londoner Korrespondent des „Temps“ mit, in erster Linie werde man die Reparationsfrage besprechen. Man sehe die Möglichkeit einer Art englisch-deutschen Abkommens von Wiederbadon vor, auf Grund dessen das Deutsche Reich Großbritannien gewisse Produkte, wie Farben und andere Materialien, die England nötig habe, liefern und an der wirtschaftlichen Wiedergeburt Russlands mitarbeiten werde. Zweitens solle England die französischen Schulden, die 557 Mill. Fr. betragen, amulieren und im Austausch dafür deutsche Reparationsnoten der Serie C erhalten, die es abdann vernichten werde. Drittens solle England Frankreich die Ratifizierung

des Schutztrages vom 28. Juni 1919 anbieten und die Entente in eine Allianz umwandeln unter dem Vorbehalte, daß ein Abkommen über die Seerestriktionen getroffen werde. England würde sich in diesem Falle verpflichten, Frankreich gegen jeden Angriff zur See sicherzustellen. Diesem Inhalt sollen die allgemeinen Probleme Europas in wirtschaftlicher und politischer Richtung besprochen werden. Die englische Regierung werde deshalb zu Beginn kommenden Jahres eine Konferenz vorschlagen, an der nicht nur die Alliierten, sondern auch Rußland und die ehemals feindlichen Länder teilnehmen sollten. Man glaube in England, wenn Europa zeige, daß es fähig sei, die großen Schwierigkeiten zu lösen, würden auch die Vereinigten Staaten von Amerika sich nicht länger desinteressieren können. Das seien die allgemeinen Gedanken, die man in englischen Kreisen bespreche.

„Intanzigeant“ will wissen, daß Briand die Absicht habe, in London die Forderung zu stellen, daß interalliierte Kommissionen für die Finanzkontrolle nach Deutschland geschickt werden, die dort die gleiche Tätigkeit ausüben sollten, die ein gerichtlich eingesetzter Verwalter ausübe und das Budget, die Schuldbücher, den Goldbestand der Reichsbank und die Papieremissionen, die Ausfuhr des öffentlichen und privaten Kapitals usw. inspizieren sollten. Frankreich müsse wissen, ob die Entente und insbesondere England sich der französischen Auffassung anschließen, denn wenn Deutschland sich diesmal seinen unterschriebenen Verpflichtungen entziehen dürfe, so müßten sich die Franzosen daran ergeben, daß sie den Krieg verloren hätten, und daß ihre Toten umsonst gestorben wären.

Zur Sache liegen heute die folgenden neuen Meldungen vor:

Der „Morningpost“ zufolge haben die von Hugo Stinnes und Dr. Rathenau in London eingeleiteten Verhandlungen nicht etwa als abgeschlossen oder abgebrochen zu gelten, vielmehr werde Dr. Rathenau in Kürze zu weiteren Besprechungen noch einmal nach London fahren.

London, 19. Dezember. Briand ist in Begleitung Loucheux und Berthelot am vergangenen Sonnabend abends in London eingetroffen. Zur Begrüßung waren erschienen Chamberlain als Vertreter Lloyd Georges und Sir Robert Horne. Die Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand haben heute vormittag in Downing Street begonnen.

Paris, 19. Dezember. Der Abg. Ragne hat eine Interpellation in der Kammer eingebracht, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, damit Deutschland seine Zahlungsverpflichtungen vom 15. Januar und 15. Februar n. J. erfülle.

Die Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission hat in den Tagen vom 14. bis 16. d. M. mit einer Anzahl von Vertretern des Wirtschaftslebens in Koblenz eine Besprechung abgehalten, an welcher der Reichskommissar für die besetzten Gebiete persönlich teilnahm. Die Vertreter wurden um Erklärungen über die gegenwärtige Wirtschaftslage erfragt, dagegen wurde aber ausdrücklich betont, daß über die wirtschaftlichen Verhältnisse des besetzten Gebietes nur mit denen des ganzen Deutschen Reiches gemeinsam verhandelt werden könne und diese daher auch nur von den deutschen Behörden geregelt werden könnten. Wegen der Härten, denen das Wirtschaftsleben in den besetzten Ge-

bietes im besonderen ausgesetzt ist (Besatzungstruppen, Wohnungsbeschneidung usw.), wurde gebeten, die Stärke der Besatzungstruppen zu vermindern, die farbigen Truppen zurückzuziehen und die Ausverkaufsverfügung zu verlängern. Außerdem wurde auf die Vereins- und Versammlungsbefreiung und -beschränkung auf die unter der Bevölkerung hervorgerufene Beunruhigung durch den Fall Smets hingewiesen.

Der Wirtschaftsausschuss und der Gewerkschaftsausschuss des besetzten Gebietes haben sich in einer gemeinsamen Kundgebung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Bitte gewandt, die Konferenz nicht zu verenden, ohne der unter der Besetzung schwerleidenden Bevölkerung des besetzten Gebietes zu helfen und der Konferenz einen Abrüstungsvorschlag für das besetzte Gebiet vorzulegen.

Die rheinischen Sonderbundsbestrebungen.

Der Führer der rheinischen Sonderbändler Smets kündigt nunmehr den beabsichtigten Separatputsch an. In seinem Organ „Die Rheinrepublik“ gibt er die Parole aus, sich in Bereitschaft zu halten.

Der sozialistische Pariser „Peuple“ schreibt zum Falle Smets, die Besatzungsbehörde hätte eingegriffen, um rheinische Aktivitäten zu stiften. Auf Befehl der Alliierten sei Smets freigelassen worden. Die Besatzungsmacht werde nunmehr angeklagt, denen geholfen zu haben, die das deutsche Vaterland trennen wollten. Glaube man etwa, durch das Vorgehen der Alliierten ihr Prestige erhöhe zu haben, oder daß der Gedanke der Vereinigung verteidigt worden sei? Das Blatt merkt sich auch sehr gegen die belgische Regierung, weil sie die unterirdische, die deutsche Waren über die Grenze schmuggeln und dafür bestraft würden. Also Belgien schäme die Separatisten und die belgischen Schmuggler. Das sei nicht sehr erbaulich.

Oberschlesien.

Die vereinigten Ausschüsse für Zollwesen, Verkehr, Eisenbahnen und Wasser traten am vergangenen Sonnabend unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Stöckmann im Stadthaus in Brüssel zu einer Besprechung zusammen. Die Beratungen, in deren Mittelpunkt die Fragen des Grenzverkehrs standen, nahmen einen befriedigenden Verlauf und werden am heutigen Montag unter dem Vorsitz des polnischen Delegierten fortgesetzt werden. In der Unterkommission für Wasser- und Elektrizitätsfragen fand eine gemeinsame vorläufige Aussprache über die für die ersten Jahre zu schaffende gemeinsame Verwaltung der in Frage kommenden Werke und Elektrizitätswerke und des Eigentumsrechtes jedes der beiden Staaten an den Wehrmühlentouren der Wasserwerke statt. Die dabei berührte Frage der Wassererschließung wurde zustimmend von der ersten Unterkommission überwiegen. In der Kommission für Zollwesen konnte noch keine Übereinkunft erzielt werden. Die Verhandlungen werden nach der Weihnachtspause wieder aufgenommen werden. Die Kommission für soziale Versicherung behandelte die Frage des Oberschlesischen Knappschaftsvereins und nahm für die Unfall-, Invaliden- und Angehörigen-Versicherungen im allgemeinen die von deutscher Seite gemachten Vorschläge an. In einer vertraulichen Besprechung machte der Leiter der deutschen Unterkommission

Wissenschaft und Kunst.

Tredden, 19. Dezember.

Neues von Shakespeares Nachlaß.

Wenn wir der dichterischen Schätze gedenken, die uns der Nachlaß so mancher Großer beehret hat, wenn wir erwägen, was nach dem Tode Goethes, Otto Ludwigs, Grillparzers u. a. ans Licht trat, dann muß der Gedanke an Shakespeares Nachlaß uns eigenartig bewegen. Um wieviel reicher wäre unsere Geisteswelt, wäre unsere Bühne, wenn wir von dem größten Dramatiker aus jener Epoche höchster Reife, da das Wunderwerk des „Sturm“ entstand, noch andere Schöpfungen besäßen. Bisher nahm man an, daß Shakespeare, nachdem er sich aus freiem Antrieb, in Jahren des Erfolges, der Gesundheit und der Kraft, aus dem Londoner Getriebe in die Stille seiner Heimatstadt zurückgezogen hatte, nichts mehr gebichtet habe, sondern wie sein Prospero den Zauberstab der Kunst den geheimen Mächten der Natur zurückgab, die ihn ihm verliehen. Aber in dieser Anschauung muß es schon fraglich machen, daß wir kein Beispiel eines großen Dichters besitzen, der so plötzlich und ohne inneren Grund zu schaffens aufgehört hätte. Das Goethewort „Verdiene du dem Seidenwurm, zu spinnen“, trifft ja auf jeden Künstler zu, der durch inneren Antrieb weiter schaffen muß, auch wenn er, wie es z. B. bei Grillparzer der Fall war, die als qualvoll empfundene Last der Dichtergabe gern von sich abwägen möchte. Für die Annahme, daß Shakespeare in den letzten Jahren seines Lebens noch weiter geschaffen hat, sprechen hochbedeutende, bisher von der Shakespeare-Forschung nicht genügend berücksichtigte Mitteilungen, die Geheimrat Alois Brandl, der berühmte Anglist der Berliner Universität, in seinem soeben bei Ernst Hofmann & Co. in Berlin erschienenen Werk über Shakespeare anführt. Diese monumentale Biographie, die Neuauflage eines veralteten Buches,

das von Grund auf umgearbeitet wurde, umfaßt unter dem Titel „Shakespeares Leben — Umwelt — Kunst“ unser gesamtes heutiges Wissen über den Dichter und steht nicht nur auf der Höhe einer aus langjährigem eindringlichen Studium gewonnenen Erfahrung und Beurteilung. Brandl weist nun auf eine im Jahre 1729 gedruckte Flugschrift „Antwort auf Popses Bortebe zu Shakespeares“ hin, die sich das Wert eines „wandernden Schauspielers“ nennt. Nach den Angaben des Verfassers dieser Schrift hinterließ der Dichter zwei große Kisten voll „loser Papiere und Handschriften“; sie kamen zur besonderen Kenntnis des verstorbenen Sir William Bishop, wurden aber dennoch als Gerümpel sorglos in die Dachkammern herumgeworfen, getrieben in die Hände eines unvorsichtigen Bäckers in Warwick, der „in die Nachkommenschaft Shakespeares gehandelt hatte“, und gingen beim allgemeinen Brande dieses Städtchens vollständig zugrunde. Diese Angaben sind so gegenstandslos und lassen sich mit den bekannten Tatsachen so gut in Einklang bringen, daß man an ihrer Wahrheit nicht zweifeln darf. Unter der Persönlichkeit, die den Nachlaß einzusuchen hatte, ist sicherlich ein Mitglied der angesehenen Warwickshire-Familie Bishop gemeint, und zwar wird es wohl William Bishop von Bridgetown-House bei Stratford gewesen sein, der 1678 zum Ritter geschlagen wurde. Er gehörte zum Shakespeare-Kreise und soll sogar gewisse Bände für die Gehalts des „Falstaff“ geliefert haben. Es wäre dann begreiflich, daß er, der sich vielleicht in dieser unsterblichen Gestalt getroffen fühlte, kein Interesse daran hatte, weitere Werke dieses indiskreten Dramatikers ans Licht treten zu lassen. Die rechtliche Verfügung über den Nachlaß beschloß in erster Linie Shakespeares Schwiegersohn Hall, der ein sehr beschäftigter Arzt war und außerdem dem Puritanertum anhing. Schon aus dieser Stellung heraus dürfte er kein Verständnis für die Werte des Schwiegersohnes gehabt haben, und dafür spricht auch die

Tatsache, daß in einer Reihe von Krankheitsbeschreibungen, die er seit 1616, dem Todesjahr Shakespeares, niederschrieb und die 1635 gedruckt wurden, nicht ein Wort über den Dichter enthalten ist. Ihm ist es daher zugutanzurechnen, daß er die poetischen Handschriften aus dem Nachlaß unberührt liegen ließ. Seiner Tochter und Erbin Elizabeth gehörte bei ihrem Tode noch mancherlei Hausrat in Stratford, der in dem Erbvertrage auf 4 Pfund geschätzt wird. Ihr Besitz fiel an zwei Töchter ihres Mannes aus dessen erster Ehe, und es ist noch zu untersuchen, ob sich ein Bäder aus Warwick darunter befand. Eine sichere Determination des Berichterstatters über den Nachlaß verleiht sich auch dadurch, daß Warwick wirklich im Jahre 1694 durch einen großen Brand verheert wurde. Über den Inhalt des Nachlasses deutet der Verfasser an, er sei von unvergleichlichem Werte für den Schauspielergewesen, was auf Dramen schließen läßt, und habe die Arbeiten seiner Ruhejahre in der Heimat umfaßt, als er ein altertümliches Urteil beschloß und nicht mehr für Gelderwerb noch für Rosenbeifall schrieb. Zum Schluß wird gesagt, daß dies zweifellos „seine höheren Schöpfungen“ waren und daß ihr Verlust deshalb um so mehr bedauert werden müsse. Diesen Äußerungen können wir uns nur aus vollem Herzen anschließen.

Lernjahre. (Verdis „Troubadour“.) Am Sonnabend bot der Umstand, daß der Tenorist Eisenberg die Partie des Mariccio zum erstenmal sang, mir seit längerer Zeit wieder einmal Gelegenheit, ihn auf seine Verdienstbarkeit in unserem Ensemble zu prüfen. Die Stimme war mir bei seinem hiesigen ersten Gastauftritte als Herzog im „Rigoletto“ als entwicklungsfähig erschienen. Inzwischen wird man nach seinem diesmaligen Auftreten nicht sagen können, daß eine Steigerung seiner gesanglichen Kultur festzustellen wäre. Man wird den Sänger ja immer noch gern als Besitzer an sich recht wertvoller Stimmmittel anerkennen, und das hohe B in der Streita-

trug ihm auf offener Szene nicht nur starken Beifall, sondern — ganz wie bei Pattierra — sogar das Da capo-Begleiten ein. Aber freilich bei dem jungen Valmainer ist ein gewisser Lokter und kopfiger Knos Naturbezug, schon durch den Inadäquaten Gebrauch der italienischen Sprache, während Eisenberg die hohe Lage nur durch Fortziehen der Mittelstimme zu erreichen vermag, und auch sonst seine Stimme in der freien Entfaltung durch gewisse Hemmungen behindert ist. Wenn man, wie der Schreiber dieser Zeilen, noch bei cauto-Zeiten erlebte, tauchen einem überhaupt betreffs der jetzigen „Troubadour“-Besetzung die Bedenken auf. Nehmen wir z. B. die Partie des Luna. Mit seinem Emil Deventer-Kopf ist Staegmann gewiß ein vortrefflicher Vertreter der Rolle und seine Intelligenz kommt auch dem gesanglichen Ausdruck zu statten, aber der Sänger, der bei uns für die Partie berufen wäre, meine ich, ist Robert Burg. Dabei denke ich aber durchaus nicht bloß an ihn als Stimmitteibefähiger, sondern gerade auch daran, daß die Partie Stellen genug hat, die vom Sänger die Pflege eines hohen Gesangstons fordern.

Klavierabend. (Raymond Buti.) Ein junger Pianist, man weiß nicht, von wo er kommt, sichtlich sehr begabt und auch schon über ein beachtliches Maß von Technik verfügend, spielte gestern im großen Kaufmannshaus. Ich hörte Chopin: Mazurkas, Etüden, die As-dur-Polonaise, das B-moll-Scherzo und die B-moll-Sonate, mußte aber eine seltsame Wahrnehmung machen, insofern die Besetzungen fast zu wachsen, sich abschwächen, die sich dann nicht verwirklichten. Wurde der Spieler gar erst im Laufe des Abends nervös? Die Technik wurde jedenfalls immer ungeschickter und es fehlte Ruhe und Plastik selbst im rein musikalischen Vortrag, kurz, das Auftreten konnte für den Konzertgeber noch nicht zur Zuerkennung des Prädikats „konjertier“ führen.

Geistliche Aufführung. (Weihnachtsoratorium.) Die übliche Aufführung des Bach-

den Vertretern der Gewerkschaften Mittelung über den bisherigen Verlauf der Beratungen. In der Kommission für Rechtsfragen wurde in der Beratung der Domizil- und Optantenfragen fortgefahren und die Verhandlungen dann am 3. Januar 1922 vertagt. Die im Laufe der letzten Tage von den einzelnen Mitgliedern der Kommission für Minoritätenbeschwerden mit den von den ausländischen deutschen Organisationen genannten Sachverständigen geführten internen Besprechungen haben zu einem gewissen Abschluß geführt. Die zur Sprache gebrachten Wünsche und Forderungen haben sich zu bestimmten Entwürfen verdichtet, welche für die nunmehr weiter anzufolgenden Verhandlungen eine wertvolle Grundlage bilden werden. Entsprechend einem vom polnischen Seite geäußerten Wunsch wurden dem zuständigen polnischen Ausschuss bestimmte formulierte Vorschläge über die Stellung der religiösen Gemeinschaften übermittelt. Für den Nachmittag hatte Reichsminister a. D. Schiffer die Mitglieder des deutschen Ausschusses für Oberschlesien zu einer zwanglosen Aussprache zu sich geladen. In seinen Begrüßungsworten betonte Reichsminister a. D. Schiffer, daß wahre Demokratie Mitverantwortlichkeit jedes einzelnen Staatsbürgers bedeute und daher die unbedingte Verpflichtung zur Mitarbeit aller für das Gemeinwohl in sich liege. In diesem Sinne erbitte die deutsche Delegation die für ihre schwere Aufgabe unerlässliche Unterstützung der gesamten deutschen ober-schlesischen Bevölkerung. Mit großer Wärme führte Reichsminister a. D. Schiffer Johann den Gedanken aus, daß das zu so hoher Blüte gebrachte Wirtschaftslieben Oberschlesiens nur erwachsen konnte auf dem Grunde eines starken und gesunden Volkstums. Diese kulturellen und geistigen Kräfte gelte es in erster Linie zu schützen. Wenn alle Schichten unter Zurückstellung von Parteigenossen und sonstigen Interessen ihre ganze Kraft einsetzten in dem Kampfe um die Erhaltung der deutschen Kultur, dann dürften wir hoffen, daß für Oberschlesien und für das gesamte deutsche Vaterland wieder einmal die Sonne scheinen werde. Nach diesen eindringlichen Ausführungen nahm der Vorsitzende des Deutschen Ausschusses, Landrat Dr. Lufschied, das Wort, um zunächst der Benützung der deutschen Oberschlesier darüber Ausdruck zu geben, daß es gelungen sei, die wirtschaftlichen Verhandlungen hier im Mittelpunkt stattfinden zu lassen, was die ganze Tragweite der zu treffenden Vereinbarungen sich jedem Unterhändler unmittelbar ausdrückte. Mehr als alle wirtschaftlichen Dinge bewege das ober-schlesische Volk die heisse Wunsch, daß es gelingen möge, ausreichende Bürgschaften für den Schutz des deutschen Volkstums in dem abzutretenden Gebiet zu schaffen. Hieran anknüpfend gab Staatssekretär Dr. Vernald einen Überblick über die für den Schutz der deutschen Minderheiten beschlossenen Vorschläge. Die deutschen Unterhändler würden den großen Wert darauf legen, die allgemein gehaltenen Bestimmungen des zwischen der Entente und Polen geschlossenen Vertrages zuzunehmen mit konkretem Inhalt zu erfüllen durch Festlegung bis ins einzelne gehender Bestimmungen für den Schutz der verschiedenen Seiten des Volkstums. Die Zusammenkunft gab allen Mitgliedern der deutschen Kommission erwünschte Gelegenheit, alle wichtigen Fragen mit den Vertretern des deutschen ober-schlesischen Volkes zu besprechen.

Über Woiwatsch wird aus Katowitz gemeldet, daß die Grenzkommission Polen den Kreis Freuden-hütte im Bezirk Beuthen zugeteilt habe, dessen

Gruben und Fabriken zu den reichsten Oberschlesien gehören.

Staatssekretär Dr. v. Delbrück †.

Der frühere Staatssekretär Dr. Clemens v. Delbrück ist gestern in Jena im 66. Lebensjahre gestorben. Er wurde am 19. Januar 1856 als Sohn des Kreisphysikus Dr. Ernst Delbrück geboren, studierte in Halle, Heidelberg, Greifswald und Berlin und trat im Jahre 1879 zur Verwaltung über. Aus dem Danziger Oberpräsidium ging er im Jahre 1896 als Oberbürgermeister in die Danziger Stadtverwaltung über, wurde im Jahre 1902 Oberpräsident von Westpreußen und endlich als Nachfolger des zum Reichsanwalt ernannten Hrn. v. Bethmann-Hollweg 1909 Staatssekretär des Innern und Vizekanzler. Als solcher hat er die deutsche Politik maßgebend beeinflusst. So verabschiedete er das große Werk der Reichsverfassung und das Angestelltenversicherungsgesetz. Auf seine Initiative sind ferner die Handelsverträge mit Portugal, Schweden, Japan und das Abkommen mit Amerika im Jahre 1911 zurückzuführen. Er schied im Jahre 1916 aus seinen Ämtern, um im Oktober 1918 noch einmal als Chef des Geheimen Zivilkabinetts des früheren Kaisers für die kurze Zeit bis zur Revolution hervorzutreten. In der nachnovemberlichen Zeit war Staatssekretär v. Delbrück sowohl in der Nationalversammlung wie im jetzigen Reichstag als deutscher Abgeordneter tätig. Er siedelte nach Jena über, wo er zunächst einmal völlige Heilung von einer Erkrankung finden wollte. Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit aber nahm er eine Professur an die Jenaer Universität an und hielt Vorlesungen über Volkswirtschaft und Staatswissenschaften.

Die braunschweigische Verfassung.

Der braunschweigische Landtag beendigte am vergangenen Sonnabend die zweite Lesung der Verfassung, die mit 22 gegen 17 Stimmen angenommen wurde und am 22. Januar n. J., dem Tage der Neuwahlen zum braunschweigischen Landtage, in Kraft treten soll.

Der Kapp-Butsch-Prozess vor dem Reichsgericht.

In der Verhandlung am vergangenen Sonnabend erhielt zunächst das Wort der zweite Verteidiger des Angeklagten v. Wangenheim Rechtsanwalt Böttger. Er verarbeitete sich ausführlich darüber, daß der Angeklagte nicht als politischer, sondern als wirtschaftlicher Führer in das Kappische Unternehmen eingetreten sei; in politische Dinge habe Kapp ihn durchaus nicht eingeweiht. Als Hr. v. Wangenheim sich dem Unternehmen zur Verfügung stellte, sei er der Überzeugung gewesen, daß Kapp sich durchgesetzt habe, und daß, wenn in Berlin die Macht in den Händen Kapps war, er der entscheidende Machtfaktor auch für das ganze Reich sei. Die Sitten und Gebräuche, in denen politische Fragen erörtert wurden, seien Hrn. v. Wangenheim völlig gleichgültig gewesen, an ihnen habe er nicht teilgenommen, er habe eingetreten wollen nur im Interesse des allgemeinen Wohles, das Herankommen des Bolschewismus habe er ausfallen, als Ketter der verbrauchenden Bevölkerung sich ein-schließen wollen. Wenn man unter Teilnahme am Hochverrat auch die Erteilung von Rat an die führenden Persönlichkeiten verstehe, so solle darunter nicht die Zulage der Übernahme des Landwirtschaftsministeriums; Hr. v. Wangenheim sei ja gar nicht in die Lage

gekommen, in diesem Ressort in Tätigkeit zu treten. Im übrigen habe er, der Verteidiger, auf dem Standpunkt des früheren Reichsjuristenministers Schiffer, der sich dahin ausgesprochen habe, daß Kapp sich das Amt des Reichsanwalts angeeignet habe; Amtsanmaßung sei aber noch lange kein Hochverrat und falle unter die Amnestie. Der Angeklagte sei jetzt 73 Jahre alt, würde er mit sechs Jahren Gefängnis bestraft, so werde er so lange der Wiederaufbautätigkeit im Deutschen Reich entzogen, diese sechs Jahre bedeuteten das Todesurteil des Angeklagten. Vor-sitzender: Die letztere Bemerkung gehört nicht zur Verteidigung. Hr. Dr. Schiele nimmt als erster Verteidiger Justizrat Seutebrück, Anwalt beim Reichsgericht, das Wort und beantragt von vornherein die Freisprechung seines Klienten, evtl. Einstellung des Verfahrens. Dr. Schiele habe nicht im entferntesten darauf hingearbeitet, die Verfassung gewaltsam zu ändern. Das Endziel Kapps sei nicht die Verfassungsänderung, sondern die Schaffung eines Übergangskabinetts gewesen. Das sei aber kein Hochverrat. Sodann ergriff der Oberreichsanwalt nochmals das Wort zum Replik, indem er ausführte, die Darlegungen der Verteidigung hätten ihn in seiner Auffassung nur bekräftigt. Ihm seien in langen Ausführungen der Reichsanwalt Reumann, wobei er auf die tatsächlichen Vorgänge während der Kapp-Tage in Berlin bis ins Einzelste einging. Nachdem noch der zweite Verteidiger Dr. Schiele, Rechtsanwalt Dr. Martin-Halle gesprochen und namentlich einige Äußerungen des Reichsanwalts von seinem Standpunkt aus beleuchtet hatte, erhielten die Angeklagten das letzte Wort. Hr. v. Jagow bemerkte, es habe ihn schwer verletzt, daß der Oberreichsanwalt den drei Angeklagten Mangel an Mut vorgeworfen habe, in-soweit als sie nicht ohne weiteres bekannt hätten, daß sie Hochverräter seien. Jedermann, der ihn, den Angeklagten, im öffentlichen Leben und in der Ausübung seines Berufes als Polizeipräsident von Berlin beobachtet habe, müsse zugeben, daß es ihm nie an persönlichem Mut gefehlt habe. Den Mut zur Lüge habe er allerdings nie besessen und bestehe ihm auch jetzt nicht. Am schwierigsten halte ihn, den Angeklagten, der Oberreichsanwalt wegen seiner ganzen Persönlichkeit und seiner politischen Bergangenheit verdächtig, ein solcher Mann könne nicht in so harmloser Weise in das Unternehmen hineingegangen sein. Dem müsse er entgegenhalten, daß er überhaupt keine politische Bergangenheit habe, er sei nicht Politiker, sondern ein Mann der Ordnung. Grundfänglich habe er es vermieden, sich bei einer politischen Partei einzuschreiben, gerade weil er politischer Beamter gewesen sei. Er bat um absolute Freisprechung, nicht aber um Aufhebung des Verfahrens auf Grund der Amnestie. Hr. v. Wangenheim führt sich ebenfalls durch die Äußerung des Oberreichsanwaltes vom mangelnden Mute der Angeklagten schwer getränkt. Er habe über 30 Jahre im öffentlichen Leben gestanden in präconzierten Stellungen und sei oft mit den höchsten Stellen in Konflikt geraten. Nie habe er sich scheut zu sagen, was ihm die Pflicht gebot, er habe keine Meinung stets nach oben, aber auch gegen den Terror der Strafe vertreten. Hr. v. Wangenheim schloß: Ich habe zu tragen, was mich trifft, einen Wunsch möchte ich aber zum Schluß aussprechen: Würde in den schlimmsten Zeiten unseres Vaterlandes diejenige Dr. Kapp beschließen, der kein Mitglied in die Hand bekommt, dann wird sein Schicksal nicht besiegelt sein. Dr. Schiele: Ob das

Kapp-Unternehmen ein kriminelles Verbrechen gewesen ist, darüber wird der Senat entscheiden, das Wort „moralisches“ Verbrechen dürfte aber nicht fallen. Darüber hat kein Gericht zu befinden. Ich bin Gott und meinem Gewissen allein Rechenschaft schuldig. Das Urteil wird am Mittwoch 4 Uhr verkündet werden.

Der Kapp-Butsch und der Danziger Polizeipräsident Frobose.

Die „Danziger Zeitung“ hat die Nachricht gebracht, daß im Preussischen Landtage von den Unabhängigen Sozialdemokraten angefragt worden sei, ob der Beamte, der die Postbescheide gegen Kapp und Genossen verraten habe, zur Untersuchung gezogen werden sei. Es handle sich um den früheren Regierungsrat im Berliner Polizeipräsidium Frobose, der jetzt Chef der Polizei in Danzig sei. Hierzu wird vom Danziger Senat mitgeteilt, daß die über den jetzigen Polizeipräsidenten Frobose aufgestellte Behauptung in ihrem ganzen Umfang unrichtig sei. Mit der Verhaftung von Kapp und Butsch sei eine andere Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums als die von Frobose geleitete beauftragt gewesen. Die Unrichtigkeit der Behauptung sei, geht schon daraus hervor, daß die sozialistische Regierung Braun-Severing im Sommer 1920, nachdem der Kapp-Butsch mit seinen Begleitern verhaftet worden war, den damaligen Regierungsrat Frobose in besonders kritischer Zeit für einen wichtigen Posten verwendete, und daß Frobose nach Ablauf des Jahres 1920 unter derselben Regierung in das Preussische Justizministerium berufen wurde.

Aktuelle Nachrichten.

Berlin, 19. Dezember. Der Verein blinder Industriearbeiter, der die Gesamtheit der Blinden vertritt, veranstaltete am gestrigen Sonntag einen Demonstrationstag, an dem 300 Teilnehmer zur Reichsanleihe, wo eine Deputation von Geh. Rat Compner empfangen wurde. Dieser nahm die in einer Denkschrift niedergelegten Forderungen der Blinden entgegen und versprach, sie dem Reichsanwalt vorzutragen. Die Blinden verlangen die Aushebung des Einkommensteuergesetzes auf alle arbeitsfähigen Blinden und die Aushebung aller den Kriegsblinden gewährten Fürsorgeveranordnungen auch auf die Zivilblinden. Die Demonstrationen wurden dann von Schutzpolizisten in geschlossenem Zuge außerhalb der Banneweise geleitet.

Der Reichsverein ehemaliger Kriegsgefangener veranstaltete gestern im Zirkus Busch eine Ehrengastfeier für die 53 Kriegsgefangenen in Königsberg. Der erste Bundesvorsitzende gelobte im Namen von 450 000 Bundesmitgliedern nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Gefangene wieder in Deutschland sei. Reichstagspräsident Loh erklärte: Wir wollen nicht anfragen, nicht beschuldigen, aber wir verlangen von unseren ehemaligen Feinden, daß den deutschen Kindern ihre Väter zurückgegeben werden.

Landesberg (Wartze), 19. Dezember. Die Stadt Königsberg in der Neumark stellte am 15. Dezember ihre Zahlungen ein und erklärte, an ihre Beamten Zahlungen nicht mehr leisten zu können. Die Lieferanten der Stadtbehörde wurden zuletzt am 1. November bezahlt. Dortmund, 19. Dezember. Bei einigen Tagen wurde hier unter dem Vorhabe der Ritterkutschschaft des Nordes an dem Reichstagsabgeordneten Erberger der 20 Jahre alte Stabstabsarzt aus Stuttgart festgenommen. Er wohnte hier seit einigen Wochen in dem Hause Lippstraße 7, ohne sich anzumelden. Anlaß zu der Verhaftung gaben Äußerungen des Dieb, aus denen geschlossen werden konnte, daß er der Ritterkutschschaft an der Ermordung Erbergers ver-

sehen Weihnachtsoratorium in der Kreuzkirche am Sonnabend vor dem „heiligen Abend“ darf als eine schöne Gesplogenheit begrüßt werden. Das Werk ist so recht aus dem Geiste des evangelischen Gemeinbewußtseins geschaffen, wie er in den Chorälen der protestantischen Kirche sich so überzeugend und immer von neuem wieder er-wärmend ausdrückt, und einen großen Teil seiner Reize, schönen Wirkung dankt auch dieses Werk eben gerade dem Choralsang. Im übrigen ist es ja nun erfreulicherweise so bei uns ein-geführt, daß man auf seine feineren Schönheiten, so u. a. auf den friedvollen Zauber des Weihnachtsoratoriums (Ginjonis) kaum noch hinzuweisen braucht. Die Aufführung geschah wieder in der trefflich bewährten stilvollen Weise unter Otto Richters Leitung. Der weitere Kreuzchor, der eben erst mit berechtigtem Stolz seine „Auszüge aus den Kritiken seiner Konzerte nach Schweden und Holland“ versenden konnte, wirkte wieder mit dem Wachstume zusammen, und das Orchester stellen wieder Mitglieder des deutschen Musikerverbands, über das Hofstrompeter Hermann Schmidts meisterhaft geblasene Nachtrompfe leuchtenden Klang verbreitete, während Erdmann Barwas als Solist am Geigen-tisch hervortrat. Doris Walde ist schon durch den leisen Klang ihrer Stimme die echte Kirchen-sängerin, Helene Jung sang recht wohl-lingend die Arie, Rob. Böhl üblich die Tenorpartie und Georg Jottmayer eindrucksvoll die des Basses! An der Orgel wirkten B. Pfanzenknecht, am Flügel Heinrich Berggog ihres Amtes.

Hermann Vogel - Ausstellung. Die Deutsche müßten unsere Eigenart verlernen, wenn wir nicht auch bei Hermann Vogel den Wert des Künstlers erst nach seinem Tode erkennen. Der Verlag Braun & Schneiders in München gibt nun endlich wieder die vergriffenen Grimm-Bildungen Vogels heraus, und überall in deutschen Städten, wo Kunst überhaupt bodenständig ist, werden Ausstellungen der unvertrottenen Meisterwerke

unserer sächsischen Großmeister mit dem größten Erfolg veranstaltet. Da ist es doppelt zu begrüßen, wenn auch hier in Sachsen Hauptstadt (in der Kunsthandlung Emil Richter, Prager Straße 13) noch einmal eine kleine, aber ganz ausgezeichnete Sammlung dieser wunderbaren herrlichen Werke im Bilde ausgestellt wird. Gerade in der Zeit der Herstellung des Weismades wirken diese schönen aber so selbstverständlich und doch mit höchster Kunst erfüllten Schöpfungen wie eine Offenbarung aus der Zeit besten Weismades und machen immer wieder durch die Fülle des Inhalts wie durch die Meisterhaftigkeit in der Formbehandlung Eindruck.

Wissenschaft und Technik. (N.) Der Privatdozent in der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig, Lic. Friedrich Baum-gärtel, ist zum nichtplanmäßigen außerordentlichen Professor in dieser Fakultät ernannt worden.

(N.) Dem Assistenten an der Medizinischen Klinik für große Krankheiten, Dr. med. vet. Johannes Röhr aus Zumbach (Mittelfranken), ist die Lehrberechtigung für das Fach „Klinische Diagnostik“ an der Tierärztlichen Hochschule zu Dresden erteilt worden.

— Aus New York wird uns geschrieben: Die unter Leitung von Prof. George A. Reisner von der Harvard-Universität stehende Expedition nach dem Sudan hat unweit dem vierten Nil-katarakt in dem alten Napata, jetzt Dschebel Barkal, die Pyramiden-Grabbäcker von 20 ägyptischen Königen und 55 Königinnen er-forscht. Die Ausgrabungen haben unter anderem das Grab des in Jesajas erwähnten Königs Tirhaka freigelegt. In dem Grabfeld einer ägyptischen Garnison in Kerma, die unter Sesostris III. dorthin gelegt wurde, konnte festgestellt werden, daß bei Beisetzungen ägyptischer Staatshalter hundert von Männern und Frauen lebendig begraben wurden. Es sind sehr viele Kupfer-, Eisen- und Goldarbeiten von hoher künstlerischer Vollendung entdeckt worden.

† In Erlangen ist der emer. Ordinarius der Mathematik an der Erlanger Universität, Geh. Hofrat Dr. Max Roether im Alter von 77 Jahren gestorben. Roether hat eine große Zahl von Abhandlungen geometrischer, algebraischer und funktionsentheoretischen Inhalts, hauptsächlich aus der Theorie der algebraischen Flächen und Kurven und der algebraischen Funktionen, daneben auch zahlreiche wertvolle Beiträge zur Geometrie der Mathematik in den „Acta mathematica“, „Erlang. Journal“ und anderen Fachorganen veröffentlicht.

† In Genf ist einer der hervorragendsten Vertreter der prähistorischen Wissenschaft in Frankreich, Emile Cartailhac, gestorben. Er war Direktor von zwei wissenschaftlichen Zeitschriften: „Le matériel pour l'histoire primitive et naturelle de l'homme“ und „L'Anthropologie“, die später verschmolzen wurden. Durch zahlreiche wissenschaftliche Werke hat er sich bekannt gemacht.

Musik. In der zweiten Hälfte des Jahres wird in Berlin eine große Pflanzet-Woche stattfinden, bei der eine Reihe von Konzerten im Rahmen des „Anbruch“ sowie Opernaufführungen von der „Intendanz der Staatsoper“ veranstaltet werden. Die Opernaufführungen wird Prof. Pflanzet leiten, der auch bei dem Kammermusik- und Lieberabend am Klavier mitwirken wird. Die Aufführung der Kantate findet unter musikalischer Leitung von Kapellmeister Selmar Weingow, unter Mitwirkung des Philharmonischen Orchesters und des Ritterschen Chores statt. Gleichzeitig mit der Berliner Aufführung wird die Erstaufführung der Kantate am Landes-theater in Stuttgart unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Busch stattfinden.

† Der größte lebende Komponist Frankreichs, der 86-jährige Camille Saint-Saëns, ist vergangenen Freitag in Algier, nachdem er einer Aufführung seiner Oper „Lakmé“ beigewohnt hatte, plötzlich gestorben. Über seinen Lebensgang ist zu berichten, daß er 1835 in Paris geboren wurde, bei Paley und Coumou

Komposition studierte und mehrere Jahre Organist an der Madeleine war. Seit 1877 lebte er nur der Komposition und reiste viel herum als Dirigent und Vortragender seiner Werke. Denn er hat selbst ein hervorragendes Pianist. Saint-Saëns wurde im Kriege der schlimmste Wagner-feind und konnte sich nicht genug tun an fast pathologischen Geisteskränkungen gegenüber unferer deutscher Kunst, die dort der heutigen letzten Unbesiegt den Boden bereitet hat. Am glücklichsten wurde er durch seine symphonischen Dichtungen („Phaeton“, „Le rouet d'Orphée“, „La jeunesse d'Hercule“) und hauptsächlich durch den „Danse macabre“ bekannt. Sein Komposit ist Saint-Saëns auf dem Boden des Klassizismus, was die musikalische Form anbelangt. In der Melodik und der Instrumentation ist er ein Moderner. Von seinen Opern hatten besonders in Frankreich Erfolg: „Hercule VIII.“, „La princesse jaune“, „Proserpine“ (1887), „Kicmania“ (1890) und „Batyphé“ (1893). Den größten Erfolg erzielte seine Oper „Samson und Dalila“, die seinen Namen auch in Deutschland volkstümlich gemacht hat. In Deutschland wurde sie zuerst in Weimar (1877) aufgeführt.

Kunstanzeigen.

• Zentraltheater. Am 1. Weihnachtst- feiertag abends 7 1/2 Uhr wird die Operette „Die Frau des Lucullus“ von Rudolph Schanzer und Ernst Belich, Musik von Jean Gilbert, zum ersten Male aufgeführt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Martha Busch-Reinart, Gretel Franke und Elisabeth Friedrich, sowie die Herren Oscar Rieger, Robert Brake, Carl Ehrhardt-Dorff, Franz Ködel und Otto Marx. In Begleitung: Oskar Lang, Musikalische Leitung: Kapellmeister Fritz Reiner. Die neuen Dekorationen und Kostüme wurden im eigenen Atelier nach Entwürfen und unter Leitung von Oskar Botowap angefertigt. Der Erlaß-aufführung werden sowohl der Komponist Jean Gilbert wie die beiden Brettergenossen Rudolph Schanzer und Ernst Belich beiwohnen.

büchig sei. Die wurde dem Amtsgericht zugeführt und befindet sich noch in Haft.
München, 19. Dezember. Die bayerische Staatsregierung hat sich am vergangenen Sonnabend vormittag mit der Lage befaßt, wie sie nach der vom Reichstag beschlossenen Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 sich ergibt. Sie hat die notwendigen Maßnahmen vorbereitet, die für den Fall einer Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit von ihr aus vorzulehnen sind.

Dresden, 19. Dezember.

Die Washingtoner Konferenz.

Der Raumgehalt der französischen und italienischen Flotte.

New York, 19. Dezember. Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Washington geht die englische, amerikanische und japanische Meinung im allgemeinen dahin, daß der Raumgehalt der französischen und der italienischen Flotte auf keinen Fall mehr als je 200 000 Tonnen auflassen dürfte. Frankreich macht dagegen geltend, daß es ungerecht sei, die von England, den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan angenommene 40 Prozent betragende Herabminderung der Flottenstärken auf die bestehende französische Flotte zu übertragen, da Frankreich während des Weltkrieges keine Schiffe bauen konnte. Die „New York Times“ aus Washington meldet, würde durch die unerwartete Stellungnahme Frankreichs eine Verzögerung in der Fertigstellung des Flottenaufrüstungsprogramms eintreten, das zu zwei Dritteln bereits fertiggestellt ist.

Annahme der Hughes'schen Verhältniszahlungen durch Frankreich.

Paris, 19. Dezember. Havas meldet aus London: Briand empfing gestern Abend den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten und verhandelte mit ihm über die Hughes'schen Verhältniszahlen. Die brit. Zahlen sind für die Vereinigten Staaten 5, für England 5, Japan 3, Frankreich 1,70 und Italien 1,68.

Die Unterseebootfrage.

Paris, 19. Dezember. Nach einer Havas-Meldung aus Washington glaubt man zu wissen, daß Balfour die Absicht habe, die Unterseebootfrage in einer öffentlichen Sitzung der Konferenz aufzuwerfen, um die Lage Großbritanniens vor der ganzen Welt klarzustellen. Balfour erklärte indessen, daß das Flottenabkommen mit seiner Festlegung der von verschiedenen Mächten zu gewährenden Tonnagegrößen keineswegs von der Entscheidung der Konferenz in der Unterseebootfrage abhängig sei.

Die Besprechungen der österreichischen und tschechoslowakischen Staatsmänner.

Prag, 19. Dezember. Über die nunmehr abgebrochenen Besprechungen der österreichischen und der tschechoslowakischen Staatsmänner wird folgende gemeinsame Mitteilung ausgegeben: Der Besuch des Bundespräsidenten der österreichischen Republik beim Präsidenten der tschechoslowakischen Republik gab den Chefs der beiden Regierungen Gelegenheit, den in Aussicht genommenen Gedanken- und Austausch über die die Lebensinteressen der beiden Nachbarstaaten berührenden Fragen zu Ende zu führen. Zunächst wurden mehrere aus dem Friedensvertrag sich ergebende bisher noch ungelöste Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Natur geregelt. Die Ergebnisse der Konferenz in Portofino wurden besprochen und ihre Durchführung beschlossen, insbesondere wurde bezüglich der im Reiseverkehr der beiderseitigen Staatsangehörigen einzuführenden Erleichterungen volle Einigung erzielt. Aus dem Austausch der Fragen handelspolitischer Charakter ist die beschlossene rasche Ratifizierung des zwischen den beiden Staaten abgeschlossenen Handelsabkommens und der Entschluß beider Regierungen hervorgegangen, auf der bereits betretenen Bahn des Abbaus der Ein- und Ausfuhrverbote mit möglichster Beschleunigung fortzufahren. Auch die Kohlenfrage wurde in befriedigender Weise geregelt. Eine Reihe von anderen Fragen wirtschaftlicher Natur wurde durchbesprochen und zweckmäßigerweise im Einvernehmen geregelt. Schließlich führte die Erörterung der gegenseitigen politischen Lage zu einem zwischen den beiden Regierungen abgeschlossenen Abkommen, welches in der beiderseitig eingegangenen Verpflichtung gipfelt, alle zwischen den beiden Staaten auftauchenden strittigen Fragen auf schiedsgerichtlichen Wege zu lösen, dadurch den von allen zivilisierten Völkern empfundene Bedürfnis, ihre gegenseitigen Beziehungen auf friedlichem Wege fortzuentwickeln, voll auf Rechnung trägt und damit die große Friedensidee auch in Mitteleuropa zum Durchbruch bringt.

Das Ergebnis der Oedenburger Abstimmung.

Budapest, 19. Dezember. Wie das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau mitteilt, ist das durch die Entente-Kommission festgestellte Ergebnis der Oedenburger Abstimmung folgendes: Für Ungarn 15 343, für Österreich 8227 Stimmen. In der Stadt Oedenburg und dem angegliederten Breunberg seien allein 7390 Stimmen für Ungarn abgegeben worden.

Das neue rumänische Kabinett.

Bukarest, 19. Dezember. Das neue Kabinett unter dem Vorsitz von Take Jonescu, der gleichzeitig das Finanzministerium übernommen hat,

ist endgültig gebildet worden. Zum Minister des Äußeren wurde Doussi ernannt.

Das französische Rekrutierungsgesetz für die Jahrestlasse 1922.

Paris, 19. Dezember. Der Senat hat gestern das Rekrutierungsgesetz für die Jahrestlasse 1922 in der Fassung der Kammer angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Kriegsminister Barthou, die vorzeitige Entlassung der Jahrestlasse 1920, die für den 1. März in Aussicht genommen worden sei, könne nicht erfolgen. Man würde sich sonst in einer gefährlichen Lage befinden, da die Jahrestlasse 1922 erst im Mai einberufen würde. Er müsse daran denken, daß Frankreich sich für die Monate Januar und Februar wichtigen Zahlungsterminen gegenüber befinde, und daß es deshalb alle seine militärische Kraft nötig habe. (Sehe richtig.) Im Laufe der Debatte sagte ein Redner, im vorigen Jahre habe man, um das Ruhrgebiet nicht zu besetzen, die gesamte Jahrestlasse 1919 unter die Waffen gerufen, die Hälfte wäre genügend gewesen. Barthou gab zu, daß Irrtümer vorgekommen seien, und sagte, daß Vorkehrungen getroffen worden seien, um sie nicht aufs neue zu begehen.

Abbruch von britischen Kriegsschiffen in Deutschland.

London, 19. Dezember. Im Unterhause wurde vorgestern mitgeteilt, daß die Admiralität einen Kontrakt für den Abbruch einer Anzahl von britischen Kriegsschiffen in Deutschland abgeschlossen habe. Dieser Schritt sei getan worden, nachdem kein Versuch unternommen sei, die Schiffe auf englischen Werften unterzubringen.

Abkündigung der Untermitglieder im englischen Unterhause.

London, 19. Dezember. Während der Abkündigung am Freitag im Unterhause stimmten die Untermitglieder für den abgeleiteten Änderungsantrag. — Das Einjahresparlament trat vorgestern in nichtöffentlicher Sitzung zusammen. Eine öffentliche Sitzung wurde endgültig auf Montag festgesetzt.

Die Hungersnot in Rußland.

Kopenhagen, 19. Dezember. Der Berlingske Tidende wird aus Peking telegraphiert: Aus Moskau trafen dieser Tage Vertreter der Sowjetbehörden und der Bevölkerung aus 16 Hunger-Gouvernements ein, um die zentrale Hilfskommission davon zu überzeugen, daß bisher alle Versuche zur Bekämpfung der Not in den Hungergebieten gescheitert seien. Die Vertreter berichten, daß die Not mit jedem Tage wachse und daß die Sterblichkeit in erschreckender Weise steige. Weiter erklärten sie, daß Moskau selbst bei bestem Willen nichts anrichten könne, weil es nicht über die erforderlichen ungeheuren Vorräte verfüge und weil die Transportmittel im südlichen Rußland, das am schlimmsten heimgesucht sei, sich im völligen Verfall befänden. Die Vertreter der 16 Gouvernements erhoben einstimmig die Forderung, daß die Zentralbehörden in Moskau sofort neue Schritte bei den Weltmächten unternähmen, da allein sie imstande seien, wirkliche Hilfe zu leisten, um zu verhindern, daß weitere Millionen von Menschen am Hungertode zugrunde gingen. Der Leiter des Hilfskomitees, Komonen, hatte auf diese furchtbaren Anklagen gegen die Sowjetregierung gar nicht zu erwidern. Er mußte sich darauf beschränken, zu versprechen, daß er umgehend den Rat der Volkskommissare mit der Lage der 16 Gouvernements bekannt machen werde. — Die Vertreter des deutschen roten Kreuzes sind von einer Reise in die sogenannte tatarische Republik zurückgekehrt. Sie teilen mit, daß die gesamte Bevölkerung eine sichere Beute des Hungertodes werden würde, wenn nicht innerhalb eines Monats weitreichende Hilfe gewährt werde.

Die Lage in Portugal.

Paris, 19. Dezember. Nach einer Havas-Meldung aus Lissabon hat der Präsident des neu gebildeten Kabinetts, Cunha Real, die vergangene Nacht unter dem Schutze von Soldaten in der Carmo-Kirche verbracht, während die strategischen Punkte von Artillerie und Maschinengewehren besetzt waren. Durch diese energische Haltung seien die Revolutionäre zu der Erklärung gezwungen worden, daß sie die Ereignisse abwarteten. — Nach einer weiteren Meldung der Agence Havas sind einzelne Mitglieder des aufgelösten Parlaments zur Prüfung der politischen Lage in Coimbra zusammengetreten. Es heißt, daß sie zu Verhandlungen mit Cunha Real, der von den politischen Parteien noch wie vor unterstützt werde, nach Lissabon kommen werden.

Die Lage in Guatemala.

Guatemala, 19. Dezember. Der stellvertretende Ministerpräsident und der Minister des Äußeren wurden wieder aus der Haft entlassen. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Austritt des chinesischen Ministerpräsidenten.

Peking, 19. Dezember. (Havas.) Der chinesische Ministerpräsident Chin Yun Beng hat gestern dem Präsidenten der Republik sein Entlassungsgesuch überreicht. Diese Entlassung sollte normalerweise dem Austritt des ganzen Kabinetts nach sich ziehen. Wenn man auch in autorisierten Kreisen erwartet, daß der Präsident den Austritt des Ministerpräsidenten annehmen wird, so glaubt man doch, daß er den Minister des Äußeren, Dr. Wu Fen, ersuchen wird, die Funktionen des

Ministerpräsidenten zu übernehmen, bis die Konferenz in Washington ihre Arbeiten beendet hat. Er wird auch, wenn nicht alle, so doch die Mehrzahl der anderen Minister bitten, im Amte zu bleiben.

Kleine Nachrichten.

Prag, 19. Dezember. Die „Tribuna“ meldet aus Bräheř-Dřraun: Western ist die gesamte Arbeiterschaft der chemischen Industrie in den Aufstand getreten. Auch in der Eisenindustrie ist die Lage infolge der Forderungen der Arbeiter nach einer Weichmachungsunterstützung bedrohlich.

Belgrad, 19. Dezember. Pajitić hat die Neubildung des Kabinetts übernommen. Paris, 19. Dezember. Im Senat wurde eine Interpellation über das von der französischen Delegation in Washington vorgelegte Marineprogramm eingebracht.

Paris, 19. Dezember. Die ehemalige Königin Rita von Ungarn verläßt am 26. Dezember Madeira, um sich nach der Schweiz zu begeben.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Am 15. Dezember ist der Ministerialdirektor a. D. Geh. Rat Dr. Barckewitz in Dresden gestorben. Der Verstorbene wurde am 28. Februar 1838 in Dresden geboren. Nach beendigtem juristischem Studium trat er am 1. April 1867 in den sächsischen Staatsdienst (Zoll- und Steuerverwaltung) ein. Am 1. März 1874 wurde er als juristischer Hilfsarbeiter in das Finanzministerium berufen. Bereits am 1. Mai 1877 wurde er zum Vortragenden Rat und am 1. April 1897 zum Leiter der II. Abteilung des Finanzministeriums ernannt. Am 1. März 1906 ist er in den Ruhestand getreten. Dr. Barckewitz hat sich in seiner jahrzehntelangen Tätigkeit im sächsischen Staatsdienst jederzeit durch ein scharfes Urteil ausgezeichnet und in unwandelbarer Treue hervorragende Verdienste um die sächsische Staatsverwaltung erworben. Auch wird die Bornehmlichkeit und Lauterkeit seiner Gesinnung allen, die mit ihm in Berührung standen, unvergessen bleiben.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 19. Dezember.

• **Beim Rat zu Dresden** und dessen Geschäftsstellen gehen täglich zahlreiche Anfragen, Gesuche und Anträge ein, die lediglich im Interesse des Einfinders liegen, ohne daß ihnen Rückporto für die erbetene Antwort beigelegt wäre. Eine Befragung des sächsischen Postamtes mit der Zustellung solcher Befragungen ist nicht angängig, andererseits aber ist es nur recht und billig, daß Portoauslagen für derartige Auskünfte u.ä. nicht der Allgemeinheit, sondern dem Gesuchsteller oder Antragenden zur Last fallen. Der Rat ersucht und deshalb, auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß Anfragen und Erläuterungen an den Rat, welche die Erteilung einer Auskunft oder sonstigen Antwort bezwecken, die allein im Interesse des Einfinders liegt, Freimarken beizulegen sind.

• **Die Superintendentur Dresden I** schreibt und: Es ist versucht worden, Kirchensteuerabzugszahlungen in den Häusern abzuholen, ohne dazu mit Auftrag und Ausweis ausgestattet zu sein. Die Überbringer der grünen Auftrags sind nun beauftragt, die anhängenden Erklärungen wieder einzusammeln und den Kirchenangehörigen wieder zuzustellen. Die Gelder selbst aber sollen entweder auf das im Auftrags bezeichnete Konto überwiesen oder in bar bei den Kirchenstellen eingezahlt werden. Die Kirchgemeindeglieder sind gebeten, dies ungezahlt und möglichst in den Stunden von 8 bis 3 Uhr an Wertlagen zu tun. Zur Abholung der Gelder fehlt es den Kirchengemeinden an ausreichenden geeigneten Kräften.

• **Der Allgemeine Dresdner Einzelhandels-Verband** teilt mit, daß er in Anbetracht der dem Elektrizitäts- und Gaswert Dresden zur Verfügung stehenden geringen Kohlenmengen schon jetzt seine Mitglieder, die Einzelhandels-geschäfte betreiben, zur größten Sparsamkeit und Einschränkung der Beleuchtung ermahne. Es ist sonst mit ziemlicher Bestimmtheit damit zu rechnen, daß noch vor Weihnachten behördliche Einschränkungen erfolgen müßten. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Ermahnung von allen beteiligten Kreisen beherzigt und durchgeführt wird.

• **Auf Veranstaltung der Bereinigung der Freunde deutscher Kunst** sprach am Sonnabend im kleinen Saale des Hauses der Dresdner Kaufmannschaft Hr. Oberbürgermeister Dr. Bassenge über „Kant“. Seine Ausführungen gipfelten in dem Rufe: Hin zu Kant! Als wir noch an den Sieg im Weltkrieg glaubten, sei vielfach gesagt worden: Kant gewinnt den Krieg. Die schmerzliche Tatsache, daß wir den Weltkrieg verloren haben, beweise nichts gegen Kant, sondern nur dafür, daß wir uns von ihm abgelehrt haben. Kants Ziel war die Befreiung von dem Druck der Außenwelt. Wir sind ihrem freilich über-großen Druck gewichen und weichen ihm heute noch. Wir hatten nicht, wie Kant sein Volk dachte und wollte, den Idealismus der Tat, der uns selbst eine neue Welt schafft und uns Kraft macht, gegen jeden Gegner zu trotzen. Redner verlangt deshalb die erneute Hinkehr zu Kant, als den Bollender und Durchbilder des deutschen Wesens. Von seiner inneren Weltkultur seien wir zu einer äußeren Arbeitskultur übergegangen. Wir hätten allerlei hypothetische Im-

perative anerkannt, statt des einen kategorischen Imperativs des Pflichtgebots. Der Hr. Vortragende gab nun einen Abriss der Kantischen Lehre und zwar seiner Sittenlehre, auf die es ihm ankam. Er schilderte Kant als einen großen Kenner, der aus seiner Ethik alles Subjektivität, auf das Wohl und die Glückseligkeit des Einzelnen gerichtete ausscheidet und den Begriff der Pflicht in voller Schärfe festsetzt. In der formalen Festsetzung des kategorischen Imperativs: Handle so, daß die Maxime deines Willens zu gleicher Zeit als das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten, liegt der Schwerpunkt seiner Sittenlehre. Hieraus leiten sich die weiteren Begriffe ab. Vor allem hat er der Freiheit einen festen Platz geschaffen, als dem selbstgewählten Gesetz der Vernunftordnung. In der Sittenwelt ist sie zu finden, in der Sinnenwelt ist der Mensch nur Wohl. Hier sind wir der Kauflichkeit unterworfen, im Intellektuellen herrscht Freiheit. Folgerungen der Ideen der Kantischen Freiheitstheorie sind die Ideen: Unsterblichkeit und Gott. Den Sinn der Wirklichkeit finden wir von unserem eigenen sittlichen Handeln her, das uns aus seiner Tätigkeit eine Welt der Freiheit hervorbringt. Das ist die Sittlichkeit der Tat. Kants sittliche Tat ist die Verleugung dieses Kantischen Idealismus. Freilich veranlaßt die schlechte Anlage des Menschen einen beständigen Kampf zwischen Reizung und Pflicht, der eine fortwährende Selbstüberwindung von außen fordert. Hier stellt sich Schiller im Gegensatz zu Kant, der die Pflicht mit Reizung, ja geradezu aus Reizung gelan haben will. Der Hr. Redner entwickelte noch kurz die Anschauungen Kants auf sozialem Gebiete, wo ihm die höchsten Pflichten Wahrheit und Gerechtigkeit sind, in der Politik, der Kunst, die ihm als die Vermittlerin zwischen dem Natur und dem Reiche der Freiheit des Sittlichen gilt. Der Vortrag fand den lebhaften Beifall der Versammlung.

• **Der Verein der Lichtspiel-Theater-Besitzer** bittet um Veröffentlichung folgender Mitteilung: Die hiesigen Lichtspiel-Theater-Besitzer kommen seit dem 15. d. M. in die äußerst schwierige Lage, wieder ihre Eintrittspreise zu erhöhen, und warum? Weil der Rat der Stadt Dresden — Steueramt — auf die neuen Steuer-sätze für die Lichtspiel-Theater noch einen Aufschlag von 100 Proz. erlassen hat. Die Theaterbesitzer wenden sich an die Ansicht des Publikums, daß unter diesen Umständen nichts anderes übrig blieb, als die Eintrittspreise zu erhöhen, da sie bei der großen Belastung durch die überaus hohen Filmlicenzen, Miete, Inflation, Licht, Kraft usw. nicht mehr in der Lage sind, diese Beiträge ohne Preisaufschlag selbst zu tragen.

Sächsische Angelegenheiten.

Eine Weihnachtsgabe für die Kriegsbeschädigten.

(N.) Als Weihnachtsgabe für die zurzeit noch in den sächsischen Versorgungsanstalten und Krankenanstalten befindlichen 946 Kriegsbeschädigten hat der Ministerpräsident in diesem Jahre einen Betrag von 15 M. für diese Kriegsbeschädigten zur Verfügung gestellt. Es werden Vorkehrungen getroffen, daß die Auszahlung des dem Einzelnen zugehörigen Betrages möglichst gelegentlich für die Lazarettinsassen stattfindenden Weihnachtsfeiern, spätestens aber bis zum 24. Dezember d. J. erfolgt.

— **Werrareise.** Die Stadtverordneten haben der Bereinigung von weiteren 30 000 M. zur Verfügung — oder auch unentgeltlich — Abgabe von Brennstoffen an bedürftige Einwohner zugestimmt. An die Bedürftigen sollen zu Weihnachten Kohlen verteilt werden. — Den vom Rat beschlossenen Beitritt zu der **Gemeinnützigen Betriebsgesellschaft „Kunstlerische Schaubühne“** mit 30 000 M. Stammeinlage haben die Stadtverordneten abgelehnt. — Der Bezirks-ausschuß hat die **Erhöhung des Brotpreises** von 1,75 auf 1,90 M. für das Pfund beschlossen.

— **Die Wahl zur Angestelltenversicherung**, die am gestrigen Sonntag hier stattfand, wies sehr knappe Beteiligung auf; von rund 1000 Angestellten haben nur 259 gewählt. Auf den WfA-Bund (Allgemeiner freier Angestelltenbund) entfielen zwei Vertrauens- und drei Erprobungsmänner, auf den D. S. (Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband) ein Vertrauensmann und zwei Erprobungsmänner, auf den O. D. A. (Gewerkschaftsbund der Angestellten) ein Erprobungsmann.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramme vom 19. Dezember 7 Uhr früh.

Station	Höhe	Temp. gestern		Wind	Wetter	Wetter
		Min.	Max.			
Dresden	110	3,0	6,0	0,5	4,4	teilweise
Leipzig	110	2,0	6,0	—	3,5	bedeckt
Bautzen	203	7	5,3	6,3	5,8	teilweise
Bischofswerda	233	3,5	6,0	0,1	3,4	bedeckt
Bismarck	243	3,1	6,5	2,1	3,8	—
Chemnitz	240	3,7	6,3	0,9	3,8	teilweise
Glauchau	202	2,8	6,0	1,3	3,3	bedeckt
Glöcknitz	209	2,8	6,0	2,5	3,6	teilweise
Leisnig	209	1,7	5,1	0,5	1,8	bedeckt
Görschütz	405	1,9	5,0	1,1	1,7	niedrig
Sachsenhausen	495	2,0	6,0	4,0	1,9	Wagen
Mittweide	623	0,5	6,5	1,4	0,5	teilweise
Wittberg	131	—1,0	3,6	3	—0,5	bedeckt
Wittberg	213	—2,4	—0,2	4,6	—0,9	bedeckt, Gewitter

Ämtlicher Teil.

Genehmigte Sammlungen und genehmigter Vertrieb von Gegenständen.

Name des Unternehmens	Ort	Wohlfahrtszweck	Bezirk und Zeit	Genehmigungsbehörde
Kirchenvorstand der Versöhnungskirche	Dresden	Sammlung für eine Weihnachtshilfe armer Familien	in der Parochie bis zum 24. d. M.	Kreisb. Dresden
Deutscher Schulbund, Arbeitsgemeinschaft	Dresden	Sammlung für eine Weihnachtshilfe für die Kinder im Flüchtlingslager Zeitzsch	in der Kreisb. Dresden durch Kaufleute in den Zeitungen bis zum 24. d. M.	-
Kirchenvorstand	Wittenhain	Sammlung zur Beschaffung neuer Kirchenglocken	in der Kirchgemeinde bis Ende Januar 1922	-
Kirchenvorstand	Rauhof	begl.	in der Gemeinde bis Ende d. J.	-
Kantonshauptmannschaft	Röbau	Sammlungen zugunsten der Kleinrentnerhilfe und der Arbeitslosen	in der Kantonshauptmannschaft u. den Städten Röbau und Bernsdorf bis Ende Januar 1922	Kreisb. Bautzen
Gemeindebehörde	Reichenberg Amtsh. Dresden-R.	Sammlungen zugunsten der Kleinrentnerhilfe	in dem Gemeindebezirk bis 20. d. M.	Kreisb. Dresden
Gemeindebehörde	Hirschfeld	begl.	in den Gemeindebezirken bis 20. d. M.	-
Gemeindebehörde	Oberröhen und Kloppe	begl.	in den Gemeindebezirken bis 20. d. M.	-
Kuratorium des Volkshildegartens	Hirschfeld	Hausammlung zur Weihnachtshilfe sowie zur Reorganisation einer Kindergartenin	in Hirschfeld 2 Wochen	Kreisb. Bautzen
Stadtrat	Freital	Sammlung zur Linderung der Not der Erwerbslosen und der Arbeiterrentner	im Stadtbezirk bis 24. d. M.	Kreisb. Dresden
Frauenverein und Weibliche	Leipzig-Rodau	Geldsammlung zur Beschaffung von Weihnachtsgaben für arme Einwohner, für Pflegslinge und bedürftige Konfirmanden	im Stadtteil Leipzig-Rodau bis mit 19. d. M.	Kreisb. Leipzig
Verband der Bergarbeiter-Nützliche	Bodwa	Hausammlung für die bedürftigen Invaliden und Witwen der Gemeinde	in der Gemeinde bis 20. d. M.	Kreisb. Zwickau
W. Jünglingsverein	Niederhau	Hausammlung zu einer Weihnachtshilfe für arme	in der Gemeinde bis 20. d. M.	-
Gemeindevorstand	Wittenau	Fortschreibung der Sammlung zum Wiederaufbau des durch Feuer zerstörten Grundstücks des Landwirts Louis Gier	in der Gemeinde bis 20. d. M.	-
Verwaltungsrat der Kinderheimstätte	Dresden	Fortschreibung der unterm 25. 4. d. J. genehmigten Hausammlung	in der Stadt Dresden und den Amtsh. Dresden-R. bis 31. 3. 1922	Kreisb. Dresden
Pfarramt	Treuen	Hausammlung zum Besten der Hebermission und der Armen Mission	im Stadtbezirk bis 24. d. M.	Kreisb. Zwickau
Rechtsanwaltsverein der ehem. 178er	Dresden	Fortschreibung der unter dem 6. Oktober 1920 genehmigten Geldsammlung unter den bisherigen Bedingungen	in den Reg.-Bezirken Bautzen u. Dresden bis 1. Mai 1922	Ministerium des Innern
Jugendring Sachsen	Dresden	Hausammlung zum Zwecke der Bekämpfung der Schmutzkrankheiten usw.	in den Orten Sachse, in denen Ortsgruppen bestehen, vom 2. bis 6. u. 7. Jan. 1922 daselbst Straßenmessen	-
Gemeindevorstand	Witzki	Sammlung für eine Weihnachtshilfe an Arbeiterrentner	in der Gemeinde bis 20. d. M.	Kreisb. Dresden

Dresden, den 16. Dezember 1921. 996 a IV L. [8063] Ministerium des Innern.

Die Kreisbauernschaft spricht dem Realgymnasiallehrer Wilhelm Emil Trillhoff in Großhansdorf, Amtsh. Freiberg, für die am 3. August d. J. mit Mut und Entschlossenheit und unter eigener Lebensgefahr bewirkte Errettung eines jungen Mannes aus der Gefahr des Ertrinkens in einem Teiche in Flur Großhansdorf öffentliche Anerkennung aus. [8046] Dresden, 16. Dezember 1921. 2994 a III

Der Vorstand des Gemeindevorstandesverbandes in Dresden besteht aus den Herren Gemeindevorstand Werner, Radebeul, Vorsitzender, Gemeindevorstand Lorenz, Cossebaude, stellv. Vorsitzender, 106 e II [8047] Pfarrer Schulz, Coschwig, weiteres Mitglied, Justizrat Dr. Bauer, Dresden, Syndikus. Dresden, 17. Dez. 1921. Kreisbauernschaft.

Die Firma Marcus & Volkmar in Charlottenburg, Hardenbergstraße 19 — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dr. Berni u. Max Hellmann in Leipzig —, klagt gegen den Kaufmann Fritz Höhn, früher in Leipzig, Magazingasse 4, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß der Beklagte ihr für den Verkauf des Zweingelächts Leipzig der Horst-Film G. m. b. H. in Berlin an die Anter-Film-Vertriebs G. m. b. H. in Dresden auf den Kaufpreis bisher gezahlte 130 000 M. schuldig, mit dem Antrage, zu erkennen: Der Beklagte wird kostenpflichtig verurteilt, an die Klägerin 130 000 M. nebst 5 % Zinsen seit 26. 10. 21 zu zahlen. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 11. Kammer für Handelsachen des Landgerichts zu Leipzig auf den 16. Februar 1922, vormittags 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Leipzig, den 9. Dezember 1921. 8013 Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Auf Blatt 6 des hiesigen Genossenschaftsregisters, die Firma Konsumverein für Eppendorf & Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, ist heute folgendes eingetragen worden:

30. November 1921 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und der Vertrieb von Textilwaren aller Art, insbesondere von Strumpfwaren. Die Gesellschaft kann sich auch an anderen Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art in jeder zulässigen Form beteiligen. Das Stammkapital beträgt zweihundertvierzigtausend Mark. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Richard Clements Höpner, Rudolf Curt Höpner und Robert Otto Höpner, sämtlich in Chemnitz. — Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. 8018 Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, 16. Dez. 1921.

Auf Blatt 8336 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Flohde Textil-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz (Markt 12, 1). Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. Dezember 1921 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf (Handel) sowie der Export von Textilien aller Art. Das Stammkapital beträgt fünfzigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Otto Paul Dornbrach in Chemnitz. — Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. 8019 Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, 16. Dez. 1921.

Auf Blatt 1095 des Handelsregisters ist heute die am 1. November 1921 errichtete offene Handelsgesellschaft Richter & Stark mit dem Sitz in Grimmitzsch eingetragen worden. Die Geschäftsführer sind die Fabrikmeister Richard Alfred Richter und Bruno Arno Stark, beide in Grimmitzsch. Angegebener Geschäftszweig: Lohn- und Handweberei. Geschäftssitz: Obere Brundenstraße 2. 8021 Amtsgericht Grimmitzsch, den 17. Dez. 1921.

Auf Blatt 16825 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Maschinen- & Werkzeug-Handels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. Dezember 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Maschinen und Werkzeugen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so darf ein jeder die Gesellschaft allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Ingenieur Hans Otto Wilhelm Köber und der Kaufmann Paul Alfred Schmidt, beide in Dresden. (Geschäftsraum: Rautbachstraße 30.) 8051 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 17. Dez. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 14456, betr. die Firma Zielungs-Gesellschaft „Dresden Stadt und Land“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Bankdirektor Paul Emil Sauer ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Spartenbankdirektor Johann Hugo Fischer in Dresden; 2. auf Blatt 14674, betr. die Gesellschaft Verteilungsbüro Sächsischer Textilgeschäfte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz: Die Liquidation ist beendet; die Firma ist erloschen; 3. auf Blatt 7865, betr. die Kommanditgesellschaft F. Wosberg in Dresden: Die Kaufmannswitwe Anna Helene Wosberg geb. Kulanku und 3 Kommanditisten sind aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Kaufleute Hans Friedrich Wosberg und Kurt Martin Wosberg, beide in Dresden wohnhaft, sind persönlich haftende Gesellschafter. Die hierdurch begündete offene Handelsgesellschaft hat am 14. Dezember 1921 begonnen. Die Prokura des Diplom-Ingenieurs Kurt Martin Wosberg ist erloschen; 4. auf Blatt 1148, betr. die offene Handelsgesellschaft Gebr. Arnold in Dresden: Der Prokurist Dr. Hans Friedman ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Gesamtprokura ist erteilt den Bankbeamten Hans Wismann und Rudolf Borchert und dem Rechtsanwalt Dr. Gerhard Bahr, sämtlich in Berlin. Jeder von ihnen ist berechtigt, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen zu vertreten; 5. auf Blatt 9672, betr. die Firma Otto H. Vogeleisen in Dresden: Der Kaufmann Otto Robert Vogeleisen ist ausgeschieden. Maria Martha Johanna ledige Vogeleisen in Dresden ist Inhaberin; 6. auf Blatt 16823: Die Firma Hedwig Strobach in Dresden: Die Geschäftsinhaberin Alara Hedwig ledige Strobach in Dresden ist Inhaberin. (Geschäftszweig: Fabrikation von Tapetenwaren und Handel damit. Geschäftsraum: Albrechtstr. 18); 7. auf Blatt 10686, betr. die Firma Franz Kühne in Dresden: Die Firma ist erloschen. 8049 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 17. Dez. 1921.

Auf Blatt 2224 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Dresdner Bank in Dresden, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 10. Dezember 1921 hat beschlossen, das Stammkapital unter den im Beschlusse angegebenen Bedingungen zu erhöhen um zweihundert Millionen Mark, zerfallend in zweihunderttausend Stück auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Mark. Diese Erhöhung des Stammkapitals ist erfolgt. Das Stammkapital beträgt nunmehr fünfzehnhundert Millionen Mark und zerfällt in sechzigtausend Aktien zu je sechshundert Mark, in einhundertfünfunddreißigtausend Stück Aktien zu je eintausend Mark und dreihundertfünfzigtausend Aktien zu je einhundert Mark. Alle Aktien lauten auf den Inhaber. Der Gesellschaftsvertrag ist dementsprechend in den §§ 5 und 6 Abs. 1 und weiter in den §§ 7 und 19 durch Beschluß derselben Generalversammlung laut Rotationsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden. Es wird noch bekanntgegeben, daß die neuen Inhabertafeln zum Kurse von 210 % ausgegeben werden. 8048 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 17. Dez. 1921.

Auf Blatt 16824 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Mechanische Werkstätte für Büro- und Präzisionsmaschinen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der

Gesellschaftsvertrag ist am 22. August 1921 abgeschlossen und am 5. Dezember 1921 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel und die Reparatur von Büro- und Präzisions-Maschinen und Apparaten aller Art, der Betrieb von einschlägigen Bedarfs- und Verbrauchsgüter, die Fabrikation von Metall-Artikeln, die Beteiligung an und Erwerb von Unternehmungen derselben Art. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Mechaniker Max Matthäus in Dresden.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben, daß die Bekanntmachungen der Gesellschaft nur durch den Deutschen Reichsanzeiger erfolgen. (Geschäftsraum: Gabelbergerstr. 20.) 8050 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 17. Dez. 1921.

Auf Blatt 169 des Handelsregisters, betr. die Firma Oppertin & Ebert, Abteilung Zigarren-Fabrikation der Mechanischen Weberei-Weberei Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Eibitzberg, ist heute eingetragen worden: Die Firma ist in die Firma Oppertin & Ebert, Aktiengesellschaft in Eibitzberg übergegangen und wird geleitet. 8040 Eibitzberg, 16. Dez. 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 1020 des Handelsregisters, den Chemnitzer Bank-Verein Freiberg in Freiberg, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 29. Oktober 1921 hat laut Rotationsurkunde vom gleichen Tage die Erhöhung des Stammkapitals um sechzig Millionen Mark, zerfallend in 70 000 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark, mithin auf hundert Millionen Mark, beschlossen. Die beschlossene Erhöhung ist erfolgt. Dementsprechend ist § 5 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden. Zum Mitglied des Vorstands ist bestellt der Bankdirektor Friedrich von Kow in Chemnitz, zum stellvertretenden Mitglied des Vorstandes Johannes Hiersemann in Chemnitz. Ein jeder von ihnen ist berechtigt, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem anderen Vorstandsmitglied, einem Prokuristen oder einem Bevollmächtigten zu vertreten. Prokura für die Zweigniederlassung in Freiberg ist erteilt dem Bankbeamten Max Heinel in Freiberg. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied, einem anderen Prokuristen oder einem Bevollmächtigten vertreten. 8022 Amtsgericht Freiberg, am 17. Dezember 1921.

In hiesigen Handelsregister ist auf Blatt 851, Firma Kirchberger Bank, Zweiganstalt des Chemnitzer Bank-Verein in Kirchberg, eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 29. Oktober 1921 hat laut Rotationsurkunde vom gleichen Tage die Erhöhung des Stammkapitals um sechzig Millionen Mark, zerfallend in 70 000 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark, mithin auf hundert Millionen Mark, beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Stammkapitals ist erfolgt. Dementsprechend ist § 5 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden. Zum Mitglied des Vorstandes ist bestellt der Bankdirektor Friedrich von Kow in Chemnitz. Zum stellvertretenden Mitglied des Vorstandes ist bestellt der Bankdirektor Johannes Hiersemann daselbst. Prokura ist erteilt dem Bankbeamten Erich Becker in Kirchberg. Die Firmenzeichnung erfolgt dadurch, daß dem durch Schriftzug oder Stempel hergestellten Namen der Firma die Unterschrift zweier zeichnungsberechtigter Vertreter beigefügt wird (§ 10 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags vom 31. Mai 1911). 8044 Kirchberg (Sachf.), 14. Dez. 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 260 des Handelsregisters, die Firma G. W. Friedrich sen. in Klingenthal, Zweigniederlassung der in Rautbachstraße bestehenden Hauptniederlassung, betr., ist eingetragen worden: Das Handelsgeschäft wird als Hauptniederlassung fortgeführt. In das Handelsgeschäft ist der Expedient Karl Ludwig Otto Jaeger in Leipzig-Ostbis eingetreten. Die Gesellschaft ist am 5. September 1921 errichtet worden. 8023 Amtsgericht Klingenthal, den 13. Dez. 1921.

Auf Blatt 157 des Handelsregisters, Zanin-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, pharmazeutischer Fabrikate in Köpchenbroda, betr., ist heute eingetragen worden: Die Liquidation ist beendet. Die Firma ist erloschen. 8049 Amtsgericht Köpchenbroda, 16. Dez. 1921.

Auf Blatt 173 des Handelsregisters, betr. die Firma Städtische Industrie-Zentrale Glasütte (G. a.), Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Glasütte, ist am 16. Dezember 1921 eingetragen worden, daß der Fabrikmeister Bruno Lipz und der Ingenieur Carl Joch, beide in Glasütte, als Geschäftsführer ausgeschieden sind. 8041 Amtsgericht Lautenthal (G. a.).

Auf Blatt 20609 des Handelsregisters ist heute die Firma Alas Aktiengesellschaft Chemische Fabrik in Kölln eingetragen und weiter folgendes bekanntgegeben worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Juni 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb chemisch-technischer Erzeugnisse, insbesondere für die Schmelzfabrikation. Die Gesellschaft ist außerdem befugt, die zu ihrem Geschäftsbetriebe erforderlichen Immobilien zu erwerben, sich in jeder zulässigen Form an anderen Gesellschaften und Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen, und zwar sowohl im Inlande als im Auslande, solche Unternehmungen zu erwerben oder zu errichten, sowie alle Geschäfte einzugehen, welche geeignet sind, den Geschäftszweck der Gesellschaft zu fördern und gewinnbringend zu machen. Das Stammkapital beträgt drei Millionen Mark, in dreitausend Aktien zu je tausend Mark zerfallend. Die Gesellschaft wird ent weder durch zwei Direktoren oder durch zwei Prokuristen vertreten. Zum Vorstand ist bestellt der Kaufmann Wilhelm Gerding in Leipzig, als Direktor. Prokura ist erteilt den Kaufleuten Franz Niße und Rudolf Weigl, beide in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Direktor oder einem anderen Prokuristen vertreten.

Auf Blatt 16824 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Mechanische Werkstätte für Büro- und Präzisionsmaschinen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der

Weiter wird bekanntgegeben: Vorstand der Gesellschaft ist die Direktion, welche aus einem oder mehreren Direktoren oder Stellvertretenden Direktoren besteht. Die Mitglieder der Direktion werden von dem Aufsichtsrat ernannt. Die Beratung der Generalversammlung der Aktionäre ist durch einmalige Bekanntmachung in Deutschen Reichsanzeiger und so zeitig zu bewirken, daß zwischen dem Tage, an dem die betreffende Nummer des Deutschen Reichsanzeigers erscheint, und dem Tage, bis zu welchem die Hinterlegung der Aktien zu erfolgen hat, mindestens zwei Wochen inne liegen müssen. Die Tagesordnung ist bei der Beratung bekanntzugeben. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch einmaliges Einrücken in dem Deutschen Reichsanzeiger und sind von dem Vorstand und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu unterzeichnen. Ergeht eine Verurteilung einer Gesellschaftsverammlung durch den Aufsichtsrat, so genügt die Unterzeichnung der Bekanntmachung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Die Aktien lauten auf den Inhaber und werden zum Nennwerte ausgegeben. Der Kaufmann und Ingenieur Kurt Hermann Grühl in Leipzig-Stötteritz bringt als Sacheinlage in die Gesellschaft ein und diese übernimmt 1. die chemische Fabrik Wölflin der Alts-Berle Pöhlert & Co. Schumbachmaschinen & chemische Fabrik in Leipzig-Stötteritz, die im vollen Betrieb befindlich ist und zu welcher 23,400 qm Fabrikareal und weiter 33,930 qm Grundbesitz für Wälder einbezogen, sowie die auf dem Fabrikareal befindlichen Gebäude Wohnhaus, Lagergebäude, Fabrikgebäude einschließlich Maschinen und Hilfsmaschinen, ein großer Schuppen, acht kleine Schuppen, Wehlebschuppen, Transformatorhaus, Schuppen nebst der dazu gehörigen elektrischen Licht- und Kraftanlage, den dazu weiter gehörigen Motoren, Transmissionen und der Gleisanlage, 2. die in den Fabrikräumen befindlichen Fabrikationseinrichtungen, Maschinen und sonstigen Roborien, 3. das vorhandene Warenlager. Als Wert dieser Sacheinlage ist auf Grund der vorliegenden Schätzungen der Sachverständigen anzunehmen

zu 1. 1.737.000 M. — Pf.
zu 2. 537.925 M. — Pf.
zu 3. 1.500.000 M. — Pf.
3.774.925 M. — Pf.

(drei Millionen siebenhundertvierundzwanzigtausendhundertfünfundzwanzig Mark). Hieron sind abzuziehen folgende von der Gesellschaft zu übernehmende Passiva

1. 1.000.000 M. — Pf. Hypotheken
2. 500.000 M. — Pf. sonstige Creditoren
1.500.000 M. — Pf.

Als Entschädigung dafür, daß Kurt Hermann Grühl die vorstehende Einlage auf das Grundkapital leistet, sind ihm 1.500.000 M. in Aktien zu gewähren. Diese Gewährung erfolgt zum Nennwert der Aktien. Gründer der Gesellschaft sind: Direktor Julius Friedrich Ferdinand Fröhlich, Dr. Julius Friedrich Ernst Fröhlich, beide in Ronstanz, Kaufmann und Ingenieur Kurt Hermann Grühl, Kaufmann Wilhelm Weidling, beide in Leipzig, und die Firma Holzgerollungs-Industrie Aktiengesellschaft in Ronstanz. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind: Direktor Julius Friedrich Ferdinand Fröhlich in Ronstanz, Ingenieur Kurt Hermann Grühl und Professor Wilhelm Kuppe, beide in Leipzig. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftsätzen, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Revisoren, kann bei dem unterzeichneten Gericht, von dem Prüfungsberichte der Revisoren auch bei der hiesigen Handelskammer Einsicht genommen werden. 8026
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 16. Dez. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 378, betr. die Firma Carl Knobloch in Leipzig: Procura ist dem Buchhändler Felix Hartmann in Leipzig erteilt. Er darf die Gesell-

schaft nur in Gemeinschaft mit einem Gesellschafter oder einem anderen Prokuristen vertreten;

2. auf Blatt 6675, betr. die Firma Kandler & Söge in Leipzig: Die Firma ist erloschen;

3. auf Blatt 10783, betr. die Aktiengesellschaft unter der Firma Bank für Handel und Industrie, Filiale Leipzig in Leipzig, Zweigniederlassung: Prokura ist erteilt den Bankbeamten Heinrich Franz Wötcher in Leipzig und Gustav Arthur Zimmermann in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Direktor oder Stellvertretenden Direktor vertreten;

4. auf Blatt 15559, betr. die Firma Branderel-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Firma ist — nach beendeter Liquidation — erloschen;

5. auf Blatt 20478, betr. die Firma Pfeilhammer & Carlowitz, Hartmittelgesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Karl Johannes Bachmann ist als Geschäftsführer ausgeschieden;

6. auf Blatt 16414, betr. die Firma Germania Flugzeugwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. John Franz Rathjen (richtig Rathjen) und Richard Bemeckrieder sind als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Liquidator ist Max Richard Berthold in Leipzig bestellt;

7. auf Blatt 20128, betr. die Firma Röllmann-Werk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschaft vom 5. Dezember 1921 laut Rotariatsprotokolls von demselben Tage im § 4 abgeändert worden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Max Ferdinand Bergmann in Ronstorf. Er und der Geschäftsführer Gustav Röllmann dürfen die Gesellschaft jeder allein vertreten;

8. auf Blatt 20546, betr. die Firma Wrobeck Wolff Kraft & Co. in Leipzig, Zweigniederlassung: Das Handelsgeschäft wird als Hauptniederlassung fortgeführt. Der Kaufmann Max Schall in Leipzig ist in die Gesellschaft eingetreten. Friedrich Wilhelm Stuber und Richard Sont sind als Gesellschafter ausgeschieden;

9. auf Blatt 18179, betr. die Firma Bruno Ziege in Leipzig: Procura ist erteilt dem Kaufmann Karl August Reiter in Leipzig;

10. auf Blatt 18463, betr. die Firma G. Sedemann & Co. in Leipzig: Der Retentionsauschluß des Kaufmanns Julius Huberty in Dresden ist weggefallen. 8027
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 16. Dez. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 20608 die Firma Carl Säger in Wahren (Halleische Str. 77). Der Kaufmann Carl Max Säger in Wahren ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Nähmaschinen und Futtermitteln);

2. auf den Blättern 542 und 2509, betr. die Firmen F. Goldmar und L. Stauchmann Kommissionsgeschäft, beide in Leipzig: Procura ist erteilt dem Buchhändler Felix Hartmann in Leipzig. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Gesellschafter oder einem anderen Prokuristen vertreten;

3. auf Blatt 13387, betr. die Firma Langbein-Wanhanter Werke Aktiengesellschaft in Leipzig: Die Generalversammlung vom 30. November 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um eine Million fünfshunderttausend Mark, in 500 Aktien zu je 1000 Mark zu veranlassen, welche auf vier Millionen fünfshunderttausend Mark beschließen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 25. April 1907 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom 30. November 1921 in den §§ 3, 17, 19, 20, 21 und 25 abgeändert worden. Weiter wird bekanntgegeben: Die Aktien lauten auf den Inhaber und werden zum Kurse von 100 % ausgegeben. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Mitglieder des Vorstandes. Ihre Anstellung, Entlassung und Suspendierung erfolgt

nut durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats in Gemeinschaft mit dessen Stellvertreter;

4. auf Blatt 17994, betr. die Firma „Saxonia“ Leipziger Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft in Leipzig: Die in der Generalversammlung vom 20. August 1921 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals auf acht Millionen Mark ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 31. Mai 1919 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. August 1921 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage im § 3 abgeändert worden;

5. auf Blatt 18865, betr. die Firma „Saxonia“ Leipziger Transport-Versicherungs-Aktiengesellschaft in Leipzig: Die in der Generalversammlung vom 20. August 1921 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals auf acht Millionen Mark ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 10. Januar 1920 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. August 1921 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage im § 4 abgeändert worden;

6. auf den Blättern 17376 und 17413, betr. die Firmen Mitteldeutsche Webefabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Werkstätten für Mechanik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, beide in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. John Franz Rathjen (richtig Rathjen) und Richard Bemeckrieder sind als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Liquidator ist bestellt der Handlungsabvo-kammler Max Richard Berthold in Leipzig;

7. auf Blatt 17788, betr. die Firma Watarianus & Schner in Leipzig: Elisabeth Maria Weterel, Watarianus geb. Jöbde ist als Gesellschafterin ausgeschieden;

8. auf Blatt 17990, betr. die Firma Mitteldeutsche Hühnerzucht Betram & Moritz in Leipzig: Erich Friedrich Martin Moritz ist als Gesellschafter ausgeschieden;

9. auf Blatt 18135, betr. die Firma Jichornia & Co. in Leipzig: Friedrich Paul Jichornia ist als Gesellschafter ausgeschieden. Die Prokura des Ernst Hermann Martin ist erloschen. 8025
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 16. Dez. 1921.

Im Handelsregister hier wurde am 16. Dezember 1921 auf Blatt 837 über die Firma Carl & Co. in Meissen eingetragen: Die dem Vorstandbreiter Otto Kurt Rühlend in Meissen erteilte Procura ist erloschen. 8028
Das Amtsgericht Meissen.

Auf Blatt 301 des Handelsregisters wurde heute eingetragen die Firma Ehr. Schüttler in Riesa und als ihr Inhaber der Kaufmann Johann Christoph Schüttler in Riesa. Angegebener Geschäftszweig: Leder- und Seidenwaren-Großhandel. (8029)
Amtsgericht Riesa, am 17. Dezember 1921.

Auf Blatt 351 des Handelsregisters für den Stadbezirk Pirna, betreffend die Firma Vereinigte Zwickler & Pirnaer Farbenglaswerke Aktiengesellschaft in Pirna — Zweigniederlassung des in München unter der gleichen Firma bestehenden Hauptgeschäfts —, ist heute eingetragen worden: Daß die Prokura des Ingenieurs Oscar Spöthle in München erloschen ist. 8042
Amtsgericht Pirna, den 15. Dezember 1921.

Auf Blatt 162 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Löhner Kant, Zweigstelle Reichenau in Reichenau, ist heute eingetragen worden:

Die Generalversammlung vom 27. Oktober 1921 hat unter Abänderung des § 5 des Gesellschaftsvertrages vom 6. Oktober 1898 die Erhöhung des Grundkapitals um sieben Millionen Mark, in festschreibenden Aktien auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 M. zu veranlassen, welche auf fünfshunderttausend Mark beschließen. Die Erhöhung ist erfolgt. 8030
Amtsgericht Reichenau, am 29. Nov. 1921.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden: Am 10. Dezember 1921 auf Blatt 186 (Firma E. Wilsa Fiedler in Schlettau): Die Firma ist erloschen; am 17. Dezember 1921 auf Blatt 366 die Firma: Ernst Witz sen. in Schlettau und als Inhaber der Fabrikant Oswald Richard Witz in Schlettau. Angegebener Geschäftszweig: Kistenbau. **Amtsgericht Schlettau.** 8031

Aufgebot.
Die Commerz und Privatbank, Aktiengesellschaft, Filiale Leipzig — vertreten durch Rechtsanwältin Justizrat Reiling und Dr. Lorenz in Leipzig — hat beantragt, den von Georg Hoffmann in Reubnitz-Reusnitz, jetzt in Berlin-Rangsdorf, Chausseestraße 304, ausgefertigten, von der Firma Paul Reuter & Co. in Dettigswalde bei Sedwitz angenommenen, am 30. Juni 1921 von der Chemischen Fabrik Primar G. m. b. H. in Leipzig an sie indossierten, bei der Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft Filiale Sedwitz in Sedwitz zahlbaren und am 27. August 1921 fällig gewordenen Wechsel über zehntausend Mark für kraftlos zu erklären.
Der Inhaber des Wechsels wird aufgefordert, spätestens in dem auf den

14. Juli 1922, vormittags 10 Uhr festgesetzten Aufgebotsstermin seine Rechte bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden und den Wechsel vorzulegen, widrigenfalls der Wechsel für kraftlos erklärt wird. 8032
Das Amtsgericht Sedwitz, den 13. Dez. 1921.

Auf Blatt 606 des hiesigen Handelsregisters ist heute die bisher auf Blatt 7454 des Handelsregisters des Amtsgerichts Chemnitz veräußerte gewesene Firma Gebhardt Graubau, jetzt in Stolberg, und als deren Inhaber der Kaufmann Max Ernst Müller in Stolberg eingetragen worden. Dem Kaufmann Rudolf Reuther Graubau in Chemnitz ist Prokura erteilt. 8033
Amtsgericht Chemnitz, 12. Dez. 1921.

Auf dem die offene Handelsgesellschaft in Firma Hymmer Quarz- und Zementwerke Reichenau in Reichenau in Pirna betreffenden Blatt 409 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß die Gesellschaft aufgelöst, der Fabrikant Paul Reichenau in Reichenau S. N. ausgeschieden ist und die Firma künftig Hymmer Quarz- und Zementwerke Curt Schmidt lautet. 8034
Amtsgericht Pirna, den 16. Dezember 1921.

In das hiesige Handelsregister ist eingetragen: Am 9. Dezember 1921 auf Blatt 388, betr. die Firma Hermann Gerischer in Jittau: Die Firma ist erloschen;

2. am 14. Dezember 1921 auf Blatt 1423, betr. die Firma Heinrich & Schmidt in Jittau: Die Prokura der Kaufleute Theodor Glog und Herbert Glog ist erloschen;

3. am 15. Dezember 1921 auf Blatt 1133, betr. die Firma Hermann Wehler & Co. in Jittau: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen;

4. auf Blatt 1520 die Firma Kullmann & Köhlig mit dem Sitz in Jittau. Gesellschafter sind der Kaufmann Johannes Kullmann und der Mechaniker Gustaf Köhlig, beide in Jittau. Die Gesellschaft hat am 1. Dezember 1921 begonnen. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Holzwaren, Nähmaschinen, Zubehör- und Erbsämlern. Geschäftsführer: Jochenstraße 25 in Jittau. (8035)
Amtsgericht Jittau, den 16. Dezember 1921.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 194 die Firma Ernst Scherl in Jwenkau und als deren Inhaber der Fleischmeister Heinrich Ernst Gottlob Scherl in Jwenkau; b) auf Blatt 195 die Firma Paul Rind in Jwenkau und als deren Inhaber der Fleischmeister Robert Paul Rind in Jwenkau. Zu a und b angegebener Geschäftszweig: Fleischerei mit elektrischem Straßbetrieb. 8043
Amtsgericht Jwenkau, den 15. Dez. 1921.

Deutscher Reichstag.

In der Sitzung am Sonnabend wurde das Gesetz betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge mit einer Änderung, wonach das Stützgeld mindestens 4,50 M. statt 3 M. betragen soll, in dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz über die Steuerregelung der Zulagen und die Abfindung in der Unfallversicherung wird in der zweiten und dritten Lesung angenommen. Es folgte die erste Lesung eines Gesetzes betreffend die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Preistreiberei, Schleichhandel, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handels. Der Entwurf geht an den Ausschuß für Volkswirtschaft. Der Gesetzentwurf über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln wird ebenfalls an den volkswirtschaftlichen Ausschuß zurückverwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen. Der Ausschuß hat die Vorlage mit einigen Änderungen angenommen.

Rechtsjustizminister Radbruch betont, daß das Gesetz einen Wendepunkt in der deutschen Rechtsprechung bedeute. Der Entwurf ist nur gewissermaßen ein Experiment, das erst beweisen soll, wie die in Vorbereitung befindliche Reform des Strafrechts gestaltet werden muß. Das Ziel geht dahin, Freiheitsstrafen unter drei Monaten überhaupt zu beseitigen. — Die Vorlage wird in der Ausschußfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf über die Änderung der Einkommensteuer mit der Maßgabe, daß für die ersten 50000 M. 10 v. H. Steuer erhoben werden, für die nächsten 100000 M. 15 v. H., für die weiteren 200000 M. 20 v. H., für die weiteren 300000 M. 25 v. H., für die weiteren 400000 M. 30 v. H., für die weiteren 500000 M. 35 v. H., für die weiteren 600000 M. 40 v. H., für die weiteren 700000 M. 45 v. H. und für weitere 500000 M. 50 v. H. Die Einkommensteuer ermäßigt sich um je 240 M. für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau, um je 360 M. für jedes Kind. Von

dem zehnprozentigen Lohnzugus sind außerdem abzugsfähig 45 M. für jeden Monat.

Es folgt die Beratung des dritten Nachtrags zum Etat. Hierzu liegt eine Entscheidung der Rechten vor, die Weiterführung der alten Handelsflagge Schwarzweißrot zu gestatten.

Im Laufe der Debatte erklärt Minister des Innern Brücker, daß die Reichregierung sich außerstande sehe, den Anregungen Folge zu leisten. Die als Schwarzweißrot mit Schwarzgold in der linken oberen Ecke eingeführte Flagge sei seit dem 1. Juli eingeführt, lediglich aus technischen Gründen sei die Übergangsfrist bis zum 31. Dezember d. J. geschaffen worden. Ab 1. Januar 1922 werden alle Krieg- und Handelsfahrzeuge die neue Flagge zu führen haben. Die Durchführung des Antrags werde die Außerkräftsetzung eines Teils des Art. 3 der Verfassung bis auf weiteres bedeuten. Die Reichregierung könne einen solchen verfassungswidrigen Beschluß nur ausführen, wenn Reichsrat und Reichstag mit qualifizierter Mehrheit diesen Beschluß lassen.

Die Resolution der Rechten wurde in namentlicher Abstimmung mit 195 gegen 138 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten die Rechten, einzelne Mitglieder des Reichsrats und der Demokraten und die Bayerische Volkspartei. Die Sozialdemokratie lehnte die Vorlage ab. Die Erteilung des passiven Wahlrechts an die Frauen bei den Kaufmannsgerichten wurde in der Ausschußfassung angenommen. Ein Antrag der sozialistischen Parteien forderte die Regierung auf, bei der bayerischen Regierung die Genehmigung zur Beibehaltung der Strafanstalt Niederbühnenfelde zu gestatten. — Der bayerische Bevollmächtigte Dr. Preger erklärte, daß die Regierung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage sei, eine parlamentarische Erweiterung über die Zustände Niederbühnenfelde vor dem Reichstag einzutreten. Das sei nicht Reichs-, sondern Landesache. Der sozialistische Antrag wurde abgelehnt, wobei es an künftigen Szenen kam. — Rosenfeld (Unabh. Soz.) nannte die bayerische

Regierung eine Schandregierung und erhielt dafür einen Ordnungsruf. Ferner sprach er von einer bayerischen Wölfe- und Lügengentrale, was auf der Rechten förmliche Proteste hervorrief. Die Kommunisten füigten von ihren Bänken und gingen drohend gegen die Rechte vor. Abg. Rosenfeld erhielt einen zweiten Ordnungsruf. Präsident Ebbe warnte den Abg. Rosenfeld vor solchen Ungeheuerlichkeiten, die nur dazu führen könnten, daß die Vertreter der Länder hier überhaupt nicht mehr antworten würden. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Diätenvorlage, die für die Abgeordneten eine Erhöhung der Diäten von 2000 M. monatlich, für die Berliner von 1500 M. vorziet, wurde debattiert gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Dann schloß die Sitzung um 12 Uhr nachts, und der Präsident beordnete sofort eine neue Sitzung auf 12 1/2 Uhr an mit der Tagesordnung: 3. Lesung des Etats, Erhöhung der Postgebühren und Diätenvorlage. Diese Vorlagen wurden in der neuen Sitzung in 3. Lesung angenommen.

Die neuen Postgebühren
betragen nach dem gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Demokraten und äußersten Linken angenommenen Gesetz für die Postarten im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,25 M., für den Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm 1,25 M., über 20 bis 250 Gramm 2 M., im Fernverkehr bis zu 20 Gramm 2 M., über 20 bis 100 Gramm 3 M., über 100 bis 250 Gramm 4 M., für die Trudsackkarte 40 Pf., die Trudsacke bis 50 Gramm 50 Pf., 50 bis 100 Gramm 1 M., 100 bis 250 Gramm 2 M., 250 bis 500 Gramm 3 M., 500 Gramm bis 1 Kilogramm 4 M., Postkarten 40 Pf., 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf., 90 Pf., 100 Pf., 110 Pf., 120 Pf., 130 Pf., 140 Pf., 150 Pf., 160 Pf., 170 Pf., 180 Pf., 190 Pf., 200 Pf., 210 Pf., 220 Pf., 230 Pf., 240 Pf., 250 Pf., 260 Pf., 270 Pf., 280 Pf., 290 Pf., 300 Pf., 310 Pf., 320 Pf., 330 Pf., 340 Pf., 350 Pf., 360 Pf., 370 Pf., 380 Pf., 390 Pf., 400 Pf., 410 Pf., 420 Pf., 430 Pf., 440 Pf., 450 Pf., 460 Pf., 470 Pf., 480 Pf., 490 Pf., 500 Pf., 510 Pf., 520 Pf., 530 Pf., 540 Pf., 550 Pf., 560 Pf., 570 Pf., 580 Pf., 590 Pf., 600 Pf., 610 Pf., 620 Pf., 630 Pf., 640 Pf., 650 Pf., 660 Pf., 670 Pf., 680 Pf., 690 Pf., 700 Pf., 710 Pf., 720 Pf., 730 Pf., 740 Pf., 750 Pf., 760 Pf., 770 Pf., 780 Pf., 790 Pf., 800 Pf., 810 Pf., 820 Pf., 830 Pf., 840 Pf., 850 Pf., 860 Pf., 870 Pf., 880 Pf., 890 Pf., 900 Pf., 910 Pf., 920 Pf., 930 Pf., 940 Pf., 950 Pf., 960 Pf., 970 Pf., 980 Pf., 990 Pf., 1000 Pf. — Die Trudsackgebühren betragen für eine Zeitungsummer im Durchschnitt bis zu 20 Gramm 2 Pf., die Telegrammgebühren 1 M. für jedes

Wort, die Postgebühren für Beträge bis zu 100 M. 75 Pf.

Der Präsident erhielt die Ermächtigung, die nächste Sitzung spätestens am 19. Januar anzusetzen. — Schluß 1 Uhr nachts.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 19. Dezember.

Warum treibt man Gesundheitspflege?

Es ist nicht sonderbar, daß so unendlich viele Menschen am allerwenigsten an ihre eigene Gesundheit und deren Forderungen denken, Menschen, die mit langer Sorge über ihr Wohlbefinden wachen, die den Verlust eines Teils ihres Besitzes schmerzhaft empfinden und gar nicht darauf bedacht sind, ihre Lebensgewohnheiten so einzurichten oder zu ändern, wie es die Vernunft verlangt. Viele unserer heutigen Zeitgenossen haben das hygienische Denken verlernt oder es überhaupt nie verstanden. Gesundheitspflege ist Mittel zum Zweck, sie wird nicht um ihrer selbst willen betrieben, sondern sie soll dem einzelnen wie der Allgemeinheit dienen, die gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung fördern und damit die Leistungsfähigkeit des gesamten Landes heben. Sachen kann unter allen Bundesstaaten für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, daß es allen Neuerungen auf dem Gebiet der Gesundheitspflege ein sehr erfolgreiches Verbandsmitglied entgegenbringt. Trotzdem ist auch hier noch viel, sehr viel zu tun, und die besten Kräfte des Volkes die Bedeutung der weitestgehenden Beachtung zu bringen, verdient die weitestgehende Beachtung und Unterstützung. Das gilt besonders für das Deutsche Hygiene-Museum, das jetzt wieder mit der Ausstellung „Der Mensch“ seine hohe und kulturelle und soziale Mission bewiesen hat. Gerade in der heutigen Zeit, wo aus Sparmaßregeln die öffentlichen hygienischen Bestrebungen nicht unerhebliche Hindernisse in den Weg gelegt werden, sollte das Einzelindividuum es sich mehr als je angelegen sein lassen, durch rationelle Gestaltung der Lebensbedingungen und durch plan-

mäßige Kräftigung des Körpers den Kampf gegen die jahrelangen Feinde der Gesundheit erfolgreich auszufohren. Die hierzu erforderlichen Kenntnisse vermittelt in unterhaltsamer und einbringlicher Weise die Ausstellung „Der Mensch“.

Schloßpark Groß-Zedlitz.

Verschiedene Presseorgane brachten die Nachricht, daß regierungsfreig beschlagnahmte Bauten zu Groß-Zedlitz unter Benutzung vorhandener Bauteile von kunstgeschichtlichem Werte ein modernes Kurhaus zu errichten, die Wasseranlagen zu Schwimmbädern umzugestalten sowie Sportplätze, Kaffeeplätzen einzurichten und den Park der allgemeinen öffentlichen Benutzung, der er bisher geblieben ist, zu entziehen.

Es ist nun leider Tatsache, daß die in ihrer Art einzig dastehende Groß-Zedlitzer Anlage schon seit einer langen Reihe von Jahren vor der Staatsamalgamierung deutliche Spuren des Verfalls aufweist, deren Beseitigung wegen der schon für die damalige Zeit erheblichen Unkosten einer durchgreifenden Wiederherstellung unterbleiben ist.

Die zuständigen Stellen dürften unter diesen Umständen eine anderweitige Verwendung der Anlage in Groß-Zedlitz nicht ohne weiteres außerhalb des Kreises der Betrachtungen stellen, vielmehr nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Wiederherstellung des Parks in Groß-Zedlitz unter Wahrung seines kulturhistorischen Charakters erfolgt und daß die Anlagen auch weiterhin, wie bisher, der Allgemeinheit zum freien Besuche vorbehalten bleiben.

Bisher sind den zuständigen Stellen keine irgendwie greifbaren Vorschläge unterbreitet worden. Sollte es gelingen, so wird vor endgültiger Entscheidung den an der Angelegenheit mitinteressierten Kreisen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

Jedenfalls besteht keine Gefahr, daß der Park in Groß-Zedlitz der öffentlichen Benutzung entzogen oder seines kulturhistorischen Eigencharakters entleert werden wird.

Mit dem am 21. Juli d. J. auf der Straße Fürstenstraße—Sachsenplatz—Postplatz eingerichteten Versuchsbetrieb sollte hauptsächlich der Betrieb festgelegt werden: einmal, ob der Ein-Mann-Wagen sich überhaupt für den Großfahrverkehr eignet, ob er wirtschaftlich arbeitet und endlich, welche besonderen betrieblichen Maßnahmen und technischen Vorkehrungen erforderlich sind.

Es ist daher beschlossen worden, den Ein-Mann-Wagen-Betrieb auf verschiedenen sächsischen Linien, wo er zweckmäßig und wirtschaftlich durchgeführt werden kann, dauernd einzurichten, sobald hierzu die aufsichtsbehördliche Genehmigung vorliegen wird, die zugleich nur für den Versuchsbetrieb erteilt ist.

Die Einrichtung des Ein-Mann-Betriebes auf anderen sächsischen Linien wird nach Möglichkeit beschleunigt werden. Bezüglich der bei den Bahngesellschaften recht bestehenden Verkehrsverbindungen Völsau—Postplatz—Sachsenplatz—Fürstenstraße sei noch bemerkt, daß eine solche neue Straßenbahnlinie in der sogenannten kleinen Auenvorlage, die demnach die sächsischen Körperschaften beschließen wird, bereits mit vorzulegen ist und nach Genehmigung der Vorlage sofort eingerichtet werden wird.

Die sächsische Entlassungsanlage im Grundriss des Vereines für Obdachlose (Frauen und

Kinder), Rosenstraße 79, ist bis auf weiteres nur geöffnet Montag, Mittwoch und Freitag von 7 bis 9 Uhr vormittags für Frauen und Kinder, von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags für Männer.

Zum Ankauf von Freibankfleisch sind Dresdner Einwohner, die ein steuerpflichtiges Jahreseinkommen bis zu 10000 M. haben und Erwerbslose, die sich durch abgestempelte Karte als solche ausweisen, berechtigt.

Der Bund der Auslandsdeutschen (Kreisgruppe Dresden) veranstaltet am Dienstag, den 27. Dezember (3. Weihnachtstierstag), nachmittags 3 Uhr, eine große Weihnachtsfeier im Festsaal des Ausstellungspalastes.

Das Dezemberprogramm von Angelbert Wildes Künstlerzirkeln in der Zentraltheaterdirektion hat für die zweite Dezemberhälfte eine Änderung bez. Ergänzung erfahren. Auf der von der Dresdner Firma Walter Schellenberg geschmackvoll ausgestatteten Bühne führt Alfred Gullberg einen künstlerischen Ballett vor und die seit Anfang des Monats tätigen Kräfte warten größtenteils mit neuen Vorstellungen auf.

Der Vorstand der Dresdner Kaufmannschaft hielt kürzlich unter Vorsitz von Hrn. Hofrat Hoff eine Gesamtsitzung ab.

Die Dresdner Kaufmannschaft protestiert gegen den geplanten 200%igen Zuschlag zu der sächsischen Gewerbesteuer für das Jahr 1922, da dadurch einseitig Handel und Gewerbe belastet wird.

Der sächsische Automobilklub hielt am Sonntag im Konzertsaal des Ausstellungspalastes seinen Weihnachtsball ab, der äußerst stimmungsvoll verlief.

In diesen Wochen hat der Verein „Dresdner Winterwoche“ nach Erfüllung seiner Aufgabe, den Vortrag der öffentlichen Sammlung „Dresdner Winterwoche“ im April 1918 zu verlesen und zu verwerthen, seine Tätigkeit abgeschlossen.

Zu einer auf Veranlassung des Vereines ehemaliger höherer Handelsschüler kürzlich einberufenen, zahlreich besuchten Versammlung von Freunden und Gönnern der öffentlichen Handelsschulenanstalt zu Leipzig im Volkswort sprach der Oberstudienrat der öffentlichen Handelsschulenanstalt Prof. Dr. Lorenz über die Zukunft der sächsischen höheren Handelsschulen.

Sächsische Angelegenheiten. Die Zukunft der höheren Handelsschulen Sachsens.

In einer auf Veranlassung des Vereines ehemaliger höherer Handelsschüler kürzlich einberufenen, zahlreich besuchten Versammlung von Freunden und Gönnern der öffentlichen Handelsschulenanstalt zu Leipzig im Volkswort sprach der Oberstudienrat der öffentlichen Handelsschulenanstalt Prof. Dr. Lorenz über die Zukunft der sächsischen höheren Handelsschulen.

In einjährigem sechsten Vortrage legte er die Forderungen dar, die sich für die Zukunft der sächsischen Handelsschulen ergeben.

Zu einjährigem sechsten Vortrage legte er die Forderungen dar, die sich für die Zukunft der sächsischen Handelsschulen ergeben. Er beleuchtete das Werden dieser Schulen, die meist auf eine lange Geschichte zurückzuführen können und die ohne gesetzliche Regulierung ganz aus sich heraus sich zu Schulen entwickeln konnten.

Die Forderungen des Vortragenden sind: 1. Die sächsischen Handelsschulen sollen als einheitliche Anstalten unter der Aufsicht des Kultusministeriums stehen. 2. Die Schulen sollen in drei Klassen gegliedert sein.

Protestkundgebung der Grenz- und Auslandsdeutschen in Leipzig.

Am Sonntag fand im Varietetheater des Krupp-Palastes in Leipzig eine vom Deutschen Klub, dem Bund der Auslandsdeutschen, dem Hilfsbund der vertriebenen Ost-Vorländer, dem Reichsverband der Kolonialdeutschen und den Vereinigten Verbänden der heimattreuen Oberländer einberufene Protestkundgebung gegen die Verschleppung des Entschädigungsgesetzes statt.

Die hier versammelten Verbände erheben auf das schärfste Protest gegen die Verschleppung der Entschädigung und appellieren an das Rechtsgefühl der Regierung und des gesamten deutschen Volkes.

Die hier versammelten Verbände erheben auf das schärfste Protest gegen die Verschleppung der Entschädigung und appellieren an das Rechtsgefühl der Regierung und des gesamten deutschen Volkes.

Die hier versammelten Verbände erheben auf das schärfste Protest gegen die Verschleppung der Entschädigung und appellieren an das Rechtsgefühl der Regierung und des gesamten deutschen Volkes.

Zwischen. Die Elternratwahlen für die Volksschulen haben ergeben: 36 Mitglieder der christlichen Bekenntnisschule, 46 der weltlichen Schule und 4 Vertreter der christlichen Bekenntnisschulen.

Mittweida. Die Stadtverordneten haben den elektrischen Strompreis auf 5 R. für die Kilowattstunde, den Gaspreis von 1,80 R. auf 3 R. und den Wasserpreis auf 2 R. erhöht.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

Wachitz. Die Stadtverordneten haben in schriftlicher Abstimmung mit 11 gegen 2 Stimmen einen Beschlus angenommen, auf den zweiten Termin 1922 auf die sächsische Gewerbesteuer einen Zuschlag von 50 Proz. zu erheben.

(Gingefandt.) Feinschmecker rauchen noch wie vor SALEM ALEKUM GOLD ZIGARETTEN. Willkommene Geschenke für Damen und Herren!

Table with 5 columns: Berlin, 19. Dezember, Teilsentris. Rows list various items and their prices.

Tageschronik.

Deutscher, 19. Dezember. Nachdem vor einigen Tagen in der Zigarrenfabrik Palomiy sich eine folgenschwere Explosionskatastrophe ereignet hatte, ist das Werk am Sonnabend erneut von einem ähnlichen Unglück heimgesucht worden. In der Abfallskanalaranlage erfolgte eine Explosion, wobei fünf Mann getötet und mehrere schwer verletzt worden sind. Einzelheiten fehlen noch.

Hainichen, 19. Dezember. Infolge der starken anhaltenden Kälte liegt auf den beiden Dächern eine halbmeterstarke Eisdicke, die selbst den an alle Unbilden der Winterzeit gewohnten Fischern die Ausübung ihres Gewerbes unmöglich macht. Der Hafen von Königsberg ist vollständig vereist; die von Pillau herauskommenden wenigen Dampfer können nur mit Unterstützung mehrerer Eisbrecher, die ständig hin und her fahren, die Hafenspitze passieren.

Hainichen, 19. Dezember. Im Klempnerbercker Werdprojekt wurden am Freitag die Aufträge von Zeugen vertesen, die wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht zur Verhandlung kommen konnten. Es folgten die Gutachten der Sachverständigen. Der Schießsachverständige Walter bekundet, daß nach seiner Überzeugung die Urula nicht selbst geschossen hat. Er stellt dies an der Lage der Patronenhüllen fest. Die Urula kann die Dorothea nicht erschossen haben, weil der Täter in der Mitte des Zimmers gestanden haben muß. Wächstmeister Henkel aus Breslau schließt sich dem Urteil seines Kollegen Walter an. Kreismedizinalrat Dr. Peters-Dwidenberg gibt sein Gutachten auf Grund des Leichenbefundes ab. An dem Kleide der Dorothea Hohbed, das über ein Modell gezogen ist, und an Lichtbildern, die im verdunkelten Saale mittels Projektionsapparates auf der Leinwand vorgeführt werden, zeigt er die Schußverletzungen. Dr. Peters kommt zu dem Schluß, daß beide Mädchen von fremder Hand getötet worden sind, und zwar zuerst Dorothea Hohbed, dann Urula Schade. Kreismedizinalrat Dr. Scholz schließt sich in allen Punkten dem Gutachten Walters an. Auch er hält es insbesondere für ausgeschlossen, daß Urula sich mit eigener Hand erschossen hat. Geheimrat Prof. Dr. Vetter-Breslau tritt dieser Auffassung bei. Der Angeklagte schweigt sich auf die Frage, ob er zu diesem Gutachten etwas zu bemerken habe, aus. Geheimrat Dr. Roll-Werlin behauptet in seinem Gutachten, daß der Angeklagte auf seine Umgebung einen ganz außerordentlichen suggestiven Einfluß ausgeübt habe. Es handelt sich dabei aber nicht um Hypnose, sondern um Wachsuggestion. Ausgeschlossen ist es allerdings nicht, daß hier auch Hypnose eine Rolle spielt. Besonders zeigt sich die Suggestion des Angeklagten auf sexuellem Gebiete, denn er hat jedes Mädchen, das in seine Nähe kam, verführt. Urula befand sich offenbar in einem Zustand der sexuellen Hörigkeit von dem Angeklagten. Allerdings hat Gruppen seinen Einfluß auch durch Drohung und Einschüchterung ausgeübt. Daß der Brief Urulas an die Stropmutter in Hypnose geschrieben ist, ist nicht bewiesen. Aber in dem Briefe heißt auch nichts von einem Selbstmord. Wahrscheinlich ist, daß der Angeklagte diesen Brief diktiert hat, was bei dem unter seinem Einfluß stehenden Kinde nicht schwer war. Es ist möglich, daß der willensstarke Angeklagte seine Frau zum Schreiben dieser Abschiedsbriefe durch List oder Suggestion veranlaßt hat. — Auch an dieses Gutachten schließen sich lange Auseinandersetzungen.

Wien, 19. Dezember. Im Franz-Joseph-Bahnhof sind gestern der angebliche Kaufmann Bruno Hirsch aus Preußen, derzeit in einem Wiener Hotel wohnhaft, und der Kaufmann Nathan Spira verhaftet worden, die beschuldigten, 1/2 Millionen österreichische Kronen in Tausend Kronennoten nach Deutschland zu schmuggeln. Das Geld ist beschlagnahmt worden. Heute ist in demselben Bahnhofe der Reisende Gustav Reifert festgenommen worden, als er vier Millionen österreichische Kronen in Tausend Kronennoten ins Ausland schmuggeln wollte.

Lohnbewegung.

Dresden, 19. Dezember. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schreibt uns, daß für das Zeitungsgewerbe mit Wirkung ab 1. Dezember neue Gehaltsätze für den Preisaat Schaffen vereinbart worden sind. Nähere Einzelheiten hierüber sind in der Geschäftsstelle des Gewerkschaftsbundes der Angestellten Dresden-A., An der Kreuzkirche 3, II, zu erfahren.

Hamburg, 19. Dezember. Eine von 7000 Personen besuchte Versammlung Hamburgischer Beamter hat beschlossen, in den Ausschuss einzutreten, falls ihre Forderung auf Auszahlung der Januargehälter vor Weihnachten nicht erfüllt werden würde.

Sport.

Die Ausschreibungen zu den Deutschen Kampfspiele 1922 (11. Juni Segeln, 18. bis 24. Juni Fußball, Hockey, Rugby, Tennis, Golf, Rudern, Kanu, Turnen, 25. Juni bis 2. Juli Leichtathletik, Schwimmen, Abfahrten, Kraftsport, Fechten, Schießen) sind erschienen und können gegen Einzahlung von 1 M. beim Generalsekretariat des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 48, bezogen werden. Den Ausschreibungen gehen die Allgemeinen Bestimmungen voraus.

Nachwärtige Fußballergebnisse. Leipzig: Spielvereinigung gegen Eintracht 5 : 0, Bader gegen Britannia 99 2 : 2, abgebrochen, Fortuna gegen Victoria 03 1 : 2. T. u.

H. gegen Olympia 0 : 0, abgebrochen. S. f. B. gegen S. D. C. 4 : 1. — Chemnitz: S. D. C. gegen Teutonia, National gegen Preußen und Sturm gegen Wittweibler 7. C. 99 ausgefallen. — Limbach: S. f. B. Chemnitz gegen 1. Limbacher S. C. ausgefallen. — Plauen: Bogli. R. G. gegen Plauerer Sport- und S. C. ausgefallen, Spielvereinigung gegen Zwidauer S. C. 1 : 0, Concordia gegen Spielvereinigung Falkenstein 8 : 3. — Glauchau: S. f. B. gegen S. B. 07 Neortane 0 : 0 (Gesellschaftsspiel). — Reichenbach: S. f. B. gegen S. f. B. Plauen 1 : 1, abgebrochen. — Reichen: Reichen S. B. 08 gegen Südwest Dresden 7 : 0. — Freital: S. f. B. John Cotta Reserve gegen S. C. Freital 3 : 1.

Dresden-Breslau 3 : 2.

Das Städtefußballspiel Dresden gegen Breslau endete mit dem Siege der einheimischen Mannschaft. Sturm und Regen schauerten hellen hohen Anforderungen an die Spieler, und mancher Stöß, ja wohl die meisten, bekamen eine andere Richtung, als gewohnt. Der weiche Boden tat sein übriges. Die Breslauer stellten eine recht spielfaule Elf, und unter normalen Verhältnissen hätte sicherlich ein sehr interessantes Spiel stattgefunden.

Turnen.

Die Dresdner Turnvereinigung Friesen beendete den diesjährigen Turnbetrieb der Turnvereinigungsabteilung mit einem Vereins-Wettkampfe dieser Abteilung. Als Siegerinnen im Vereins-Siebenkampf gingen hervor: 1. Fr. Reihmann mit 79 Punkten, 2. Fr. Graefenhain mit 78 Punkten und 3. Frau Döring mit 76 Punkten. Siegerverteilung und Preisverteilung findet am 28. Dezember im Saale des Stadtkaufes Rädnyk statt, wo die Vereinigung ab 7 Uhr abends mit familiären Vereinsangehörigen und Gästen ihre Weihnachtsfeier abhält.

Breitensträter schlägt Borer.

Die zweite Begegnung zwischen dem deutschen Meister Breitensträter und dem Schweizer Schwergewichtmeister der Schweiz, Borer, hat mit einem überlegenen Siege des Deutschen geendet. Breitensträter führte von Anfang an den Kampf, und Borer konnte keinen einzigen wirkungsvollen Schlag andringen. In der dritten Runde mußte er bereits auf einen rechten Haken für 8 Sekunden zu Boden gehen. Gleich zu Anfang der vierten Runde schlug ihn Breitensträter nochmals für 9 Sekunden zu Boden. Der Schweizer konnte sich kaum mehr verteidigen und, nachdem er nochmals zweimal vom dem Deutschen zur Erde geschickt worden war, warfen seine Sekundanten das Tuch in den Ring zum Zeichen der Aufgabe.

Ankündigungen.

* Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus. Dienstag, den 20. Dezember wird Koroğlu's neue Oper „Die tote Stadt“ wiederholt. Besetzung: Paul — Richard Tauber, Marietta — Helena Forti, Frau — Rudolf Schmalzauer, Brigitta — Gertrude Habertorn, Juliette — Angela Kolonial, Lucienne — Helene Jung, Gaston — Walter Kreideweiß, Victorin — Hanns Langg, Fris — Rudolf Schmalzauer, Graf Albert — Friedrich Jöhnel. Musikalische Leitung: Hermann Kupischbad. Spielleitung: Georg Hartmann. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. Schauspielhaus. Dienstag, den 20. Dezember und Freitag, den 23. Dezember finden die letzten beiden Abendvorstellungen des Weihnachtsmärchens „Christlins Schiefer“ statt. Die Dienstagsvorstellung beginnt ausnahmsweise 7 1/2 Uhr, die Freitagvorstellung 7 Uhr. Spielleitung: Alexander Bierth. * Neujährer Schauspielhaus. Dienstag, am 20. Dezember: Eubermanns Schauspiel „Die Etre“. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Jier, Klaus, Wogener und die Herren Fris, Reimann, Rosalet. Spielleiter: Max Reich. Spielplanänderung: Infolge Erkrankung des Hrn. Straube gelangt Mittwoch, am 21. Dezember statt „Der Weiland mit dem Schaiten“ Harald Dionysischer Schwan „Der Jahrmarkt in Paris“ zur Aufführung.

Volkswirtschaftliches.

Die deutschen Wirtschaftsbeziehungen in der Krim. Aus gut unterrichteten Handelskreisen hören wir, daß in Sebafopol Vertreter der deutschen Firma „Asien-Europa“ gewesen sind, die Handelsbeziehungen mit der Krim ausgenommen haben. Einer ihrer Vertreter hat dem deutschen Reichsministerium des Äußeren einen Bericht hierüber erstattet und auf die Notwendigkeit der sofortigen Aufnahme der Handelsbeziehungen mit der Krim hingewiesen. Man hat, wie wir weiter erfahren, diese Anregung mit großem Interesse entgegengenommen und wird versuchen, der deutschen Industrie und dem deutschen Handel Erleichterungen für die Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Lande zu geben.

Abgebrochenes Moratorium in Jugoslawien.

In der „Bosnischen Zeitung“ vom 30. November war eine Notiz veröffentlicht worden, nach der in Jugoslawien ein Moratorium für Auslandschulden erlassen werden sollte. Diese Nachricht trifft offenbar nicht zu. Es sind allerdings, wie die Handelskammer zu Chemnitz erfährt, seit längerer Zeit in

Jugoslawien Bestrebungen auf Erlass eines solchen Moratoriums im Gange. Sie haben aber den gewünschten Erfolg bisher noch nicht erreicht, jedoch dürfte von einem solchen Moratorium den zuständigen Stellen in Deutschland nichts bekannt ist.

Schweizerische Einfuhrverbote.

Wie die Handelskammer zu Chemnitz erfährt, hat die Schweizerische Regierung neuerdings Einfuhrverbote für verschiedene Erzeugnisse erlassen. Von dem neuesten Verbot, das seit 12. d. M. in Kraft sein soll, werden u. a. auch Wirt- und Strickwaren betroffen.

Die japanische Wirtschaftskommission in London.

Von der japanischen Botschaft erfahren wir, daß die Wirtschaftskommission, die sich augenblicklich in Paris befindet, rein privaten Charakter trägt und nur nach Europa gekommen ist, um die wirtschaftliche Lage der einzelnen Länder in der Nachkriegszeit zu prüfen und Wirtschaftsbeziehungen anzuknüpfen. Die Kommission wird am 20. oder 22. Dezember Paris verlassen und sich nach London begeben, um dann Anfangs Januar nach Berlin zu reisen. Der japanische Botschafter in Berlin hat nach London die Botschaft, die Kommission als solche nach Berlin zu schicken, um hier die nötigen Verhandlungen zu pflegen. Die japanische Firma ist eine der größten und angesehensten des ganzen japanischen Reiches. Sie besitzt Kupferwerke, die einen ungeheuren Umfang haben. Man schätzt den Wert der Werke auf 100 Mill. Yen.

Eine Zeitschrift für Arbeitsrecht.

Im Verlag von J. Benzheimer-Rannheim erscheint seit Juli d. J. die „Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht“, die es sich zur Aufgabe macht, das neue Gebiet des Arbeitsrechts auch juristisch zu durchdringen. Das Arbeitsrecht ist eine ganz neue Rechtsmaterie, die von juristischer Seite noch wenig erörtert ist. Auch für Handwerksbetriebe ist dieses Recht von größter Bedeutung. Es sei hier nur auf die Lehrlingsfrage verwiesen. Die Zeitschrift gibt den Lesern von Handwerksorganisationen gutes Material in die Hand.

Invalidentauf

Verein zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden Dresden, König-Johannstraße 8.

Wasserstände der Elbe und Moldau. 18. Dez. nicht eingegangen — 213 19. Dez. — 36 — 68 — 24 — 98 — 93 — 64 — 210

An der hiesigen Volksschule ist baldigst eine ständige Lehrerstelle zu besetzen. Gehalt nach der Besoldungsordnung, Klasse C. Die Bewerbungen sind mit den erforderlichen Unterlagen am 16. Dez. 1921.

Oben 1922 soll für die hiesige Mädchenfortbildungsschule vorübergehend münsterleierter Genehmigung eine Haushaltungslehrerin, die teilweise Handarbeitsunterricht mit erteilen soll, angestellt werden. Gehalt ist in Klasse C ein-gereicht. 8037 Bewerbungen mit Unterlagen bis Ende d. M. erbeten. Gebau, 16. Dez. 1921. Der Gemeinderat.

Seidenhaus Zschucke An der Kreuzkirche 2 Seidene Krawattenstoffe Unterröcke Ballschals Kragenschoner

Pelzwaren Carl Dreier Wettinerstraße 38, I. Stock.

Central-Theater-Diele Engelbert Mildes Künstlerspiele Allabendlich 8 Uhr Das interessante Gastspiel „Blawanger u. News“ Stine Christopherson vom Deutschen Volkstheater in Wien Paul Göbel, der brillante Komiker Elli Nor, der Schelm zur Laute Alfred Gulberg, künstlerischer Malakt Engelbert Mildes mit neuem Repertoire und Duetten mit Rose Hill Darmora, das Tanzereignis Tischbestellungen unter 13127 erbeten

Wir liefern noch zum Feste Heimkinos aller Systeme für jede Stromart und Spannung Filmaufnahmeapparate für Amateure und Beruf Familienfilme und Kinderfilme leihweise Bildwerfer, Bildschirme Heimlicht G. m. Dresden-A. Tel. h. H. Schloßstr. 26 26914

Bär & Beyer, Schloss-Str. 28 Spezial-Geschäft in feinen deutschen und Schweizer Schokoladen und Konfitüren. 7738

Sächs. Post-sterbekassenverein. Die Aufnahmeheine Nr. 3377 des Hrn. Post-Vtr.-Assistenten Hermann Hinkeldey u. Nr. 3378 der Frau Bertha Hinkeldey in Leipzig über je 500 M. Verj.-Summe sind abhanden gekommen und werden für ungültig erklärt. ... Albert Walter AMALIONSTR. 21 STEMPSEL Stempel-Farben u. -Kissen Siegelmärken Pflanzscheife, Schilde Geste-Friedenswarte

Tageskalender. Dienstag, 20. Dezbr. Staatstheater. Opernhaus. Die tote Stadt. Anfang 8 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Mittwoch: Zammhauer und Der Sängertag aus Weisburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Schauspielhaus. Christlins Schiefer. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr.

Mittwoch: Baummeister Soltes. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Neujährer Schauspielhaus. Zum erstenmal: Die Etre. (Bühnenwaffenband 501 bis 1000.) Anfang 7 1/2 Uhr. Mittwoch: Nachm. 1/4 Uhr: Der Weg in die Weihnacht.

Residenztheater. Frühlingluft. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Mittwoch: Nachm. 1/4 Uhr: Die Etre. (Ermäß. Preise.) Ende gegen 6 Uhr. — Abends 7 1/2 Uhr: Frühlingluft.

Zentraltheater. Das tolle Mädel. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Viktoria-Theater. Täglich Spezialitäten-vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 4 Uhr und 1/2 Uhr.

Familiennachrichten. Verlobt: Hr. Ingenieur Hans Brohm mit Fr. Luise Gmmtich in Dresden; Hr. Dr. Alfred Müller mit Fr. Else Krause in Leipzig; Hr. Dr. med. Georg Brendel in Leipzig mit Fr. Hanna Koppers in Gausch; Hr. Otto Helmuth Roessler mit Fr. Annelies v. Wulda in Leipzig. — Vermählt: Hr. Helmuth Conti, Widauer, mit Fr. Theresia Thekla Trautmann in Wlasewitz; Hr. Hans Bergmann mit Fr. Charlotte Heise in Dresden. — Gestorben: Hr. Hofrat Johanna Weichner geb. Kühner (75 J.) in Dresden; Frau Emma Leutich geb. Stöckhardt (63 J.) in Dresden; Fr. Anna Siebel in Dresden; Frau Rosalie Gösch geb. Hauber in Dresden; Hr. Max Deuther, Eisfabrikant, in Dresden; Frau Anna Elisabeth Siegel geb. Köhler (42 J.) in Dresden; Frau Angenieur Bertha verw. Krumpholtz (79 J.) in Dresden; Hr. Kriminalkommissar Karl Schmidt in Dresden eine Tochter (Margarete, 22 J.); Hr. Volksged. Sekr. i. H. Rudolf Scheide in Dresden; Hr. Privatus Richard Walter (78 J.) in Dresden; Hr. Hans Schnelle in Dresden; Hr. Eisenbahn-Ingenieur Max John (60 J.) in Dresden-BL; Frau Emilie verw. Harisch geb. Schröder (83 J.) in Dresden; Hr. Otto Herz, Verm.-Insp. im fähr. Krantenhaus (56 J.) in Leipzig; Hr. Kunstmaler Israel Krumpnie in Leipzig; Hr. Josef Balkath (53 J.) in Leipzig; Hr. Kommerzienrat Gottlob Friedrich Thomae (63 J.) in Vengensfeld i. B.; Hr. Eisenbahnbesitzer a. D. Friedrich Ernst Hessel (68 J.) in Leipzig-BL; Hr. Bürgermeister Heinrich Walter Stedner (64 J.) in Lichtenthein-Calinberg.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden. Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

